

# Stenographisches Protokoll

56. Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode  
Dienstag, 22. November 2016

## Inhalt

### Fragestunde (S. 5350)

### Aktuelle Stunde (S. 5353)

Antragsteller: F-Klub

Thema: „Mietensenkungsprogramm für Kärnten“

Redner: Mag. Leyroutz (S. 5353), Seiser (S. 5354), Ing. Hueter (S. 5355), Mag. Dr. Lesjak (S. 5356), Dr. Prasch (S. 5358), Korak (S. 5359), Trettenbrein (S. 5360), Köchl (S. 5361), Gaggl (S. 5362), Dr. Lebersorger (S. 5363), Pirolt (S. 5364), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 5365)

Abhaltung einer Gedenkminute für verstorbenen Altbgm. und Abg. a. D. Johann Ogris (S. 5367)

### Tagesordnung (S. 5367)

#### Ldtgs.Zl. 177-57/31:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2017 sowie

der Stellenpläne des Landes Kärnten und der Landeslehrer 2017, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2017 erteilt werden sowie Antrag der Landesregierung zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und eines geänderten Budgetprogrammes für die Jahre 2014 – 2018 (3. Änderung) gem. Art. 61 Abs. 1 K-LVG und Budgetvorschau 2019 und 2020

Einbegleitung durch die Landesfinanzreferentin Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 5368)

### Mitteilung des Einlaufes (S. 5376)

A) Anträge von Abgeordneten (S. 5376)

B) Schriftliche Anfragen (S. 5376)

**Beginn:** Dienstag, 22.11.2016, 14.04 Uhr

**Ende:** Dienstag, 22.11.2016, 16.08 Uhr

## Beginn der Sitzung: 14.04 Uhr

**Vorsitz:** Erster Präsident **Ing. Rohr**, Dritter Präsident **Lobnig**

**Anwesend:** 31 Abgeordnete

**Entschuldigt:** **Schober, Mag. Malle, Dipl.-Ing. Johann, Mag. Kuchling, Schautzer**

**Mitglieder der Landesregierung:** Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Dipl.-Ing. Benger**, Landesrat **Holub**

**Entschuldigt:** Landesrat **Mag. Darmann**, Landesrat **Köfer**

**Bundsräte:** **Blatnik, Novak**

**Entschuldigt:** **Dörfler, Poglitsch**

**Schriftführer:** Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 56. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese hiermit! Ich begrüße die anwesenden Regierungsmitglieder, die beiden Landeshauptmann-Stellvertreterinnen Dr. Prettnner und Dr. Schaunig, den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Benger und den Herrn Landesrat Holub! Ebenso darf ich die anwesenden Bundesräte, Frau Bundesrätin Blatnik und den Herrn Bundesrat Bürgermeister Novak, begrüßen! Ich begrüße auf der Beamtenbank den Stellvertretenden Landesamtsdirektor DDr. Matschek und den Herrn Landesrechnungshofdirektor MMag. Bauer! Ebenso begrüße ich die beiden Protokollführerinnen und bitte sie, für eine ordnungsgemäße Protokollführung zu sorgen! Auf unserer Zuhörergalerie haben sich einige Gäste eingefunden, sie sind ebenso herzlich begrüßt! Ich begrüße auch all jene, die die Möglichkeit nutzen, via Livestream und Internet diese heutige Sitzung zu verfolgen, das ist die interessierte Bevölkerung, wie auch alle Medienvertreterin-

nen und Medienvertreter! Für die heutige Sitzung liegen mir eine Reihe von Entschuldigungen vor. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind die Abgeordneten Dipl.-Ing. Michael Johann, Mag. Markus Malle, Abgeordnete Zalka Kuchling, Abgeordnete Sabina Schautzer und der Zweite Präsident Rudolf Schober. Ebenso entschuldigt sind der Herr Landesrat Mag. Gernot Darmann und der Herr Landesrat Gerhard Köfer. Ebenso entschuldigt haben sich von der beamteten Seite der Herr Landesamtsdirektor Dr. Platzer und der Leiter der Verfassungsabteilung Dr. Primosch. Die Geburtstage des November: Am 3.11. hat die Frau Abgeordnete Mag. Johanna Trodt-Limpl ihren Geburtstag gefeiert. Am 21.11., also gestern, hat der Herr Abgeordnete Mag. Josef Zoppoth seinen Geburtstag gefeiert. Ich wünsche Ihnen alles, alles Gute, Gesundheit, viel Erfolg und dass Sie in der Verwirklichung Ihrer Aufgaben Bestand und Erfolg haben mögen! (*Beifall im Hause.*)

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn dieser Sitzung zur

## Fragestunde

Es liegen zwei Anfragen in der Fragestunde auf.

### 1. Ldtgs.Zl. 215/M/31:

**Anfrage des Abgeordneten Zellot an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Ich darf ihn bitten, diese Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig:

Wie viele Bezieher der Mietbeihilfe mussten im Laufe dieses Jahres eine Reduzierung der Mietbeihilfe hinnehmen, weil die Bemessungsbeiträge seit 2014 nicht der Inflation angepasst werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, ich bitte Sie um Beantwortung!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungskolleginnen und -kollegen! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Wohnbeihilfe ist in den Jahren unterschiedlichen Inanspruchnahmen unterworfen. Die Inanspruchnahme schwankt, weil es natürlich von den Lebensbedürfnissen der Menschen und von deren Einkommen abhängt. Wir haben im Jahr 2013 16.300 BezieherInnen gehabt, im Jahr 2014 16.900, im Jahr 2015 rund 16.600, im Jahr 2016 17.696 Fälle, die bis dato eingereicht worden sind. 14.200 davon sind bereits bewilligt, etliche noch in Bearbeitung. Es zeichnet sich eine Erhöhung im Vergleich zu den Inanspruchnahmezah-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

len des Vorjahres ab. Die Dotierung in den Landesvoranschlägen seit dem Jahr 2014 steigt kontinuierlich an. Im Jahr 2014 hatten wir eine Dotierung von 28,4 Millionen Euro im Landesvoranschlag, 2015 28,6 Millionen, 2016 29,2 Millionen, 2017 31,8 Millionen geplant. Alleine in den Jahren 2013 bis 2016 haben wir rund drei Millionen Euro mehr für Wohnbeihilfen ausgegeben. Ich glaube, eine durchaus sinnvolle Maßnahme, weil ein leistbares Dach über dem Kopf unter besonderer Berücksichtigung von Jungfamilien und dem ländlichen Raum, die erhöhte Förderungen bekommen, ist eine sinnvolle sozialpolitische Maßnahme. Ich darf erinnern, eine der ersten Maßnahmen dieser Zukunftskoalition war es am 1.11.2013, eine Erhöhung der anrechenbaren Beiträge für die Wohnkosten herbei zu führen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Gibt es den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Bei den Sozialdemokraten sehe ich das nicht! Bei der ÖVP auch nicht! Bei den Grünen auch nicht! Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Ist das gewünscht?

Abgeordneter **Zellot** (F):

Ja, ich stelle noch eine Zusatzfrage. Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, ich habe gefragt, wie viele Personen eine Reduzierung der Mietbeihilfe hinnehmen mussten. Meine Zusatzfrage lautet dahingehend: Wer ist überhaupt herausgefallen und bekommt keine Mietbeihilfe mehr?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Die Mietbeihilfe berechnet sich nach der Anzahl der anrechenbaren Quad-

ratmeter der Wohnung, nach dem Einkommen der Mieterinnen und Mieter. Eine Prognose abzugeben, wer herausgefallen ist, das ist etwas schwierig, weil sich die Einkommensverhältnisse ändern, weil sich die Wohnungsverhältnisse ändern. Aber Sie ersehen aus den Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, dass wir eigentlich kontinuierliche Steigerungen bei der Inanspruchnahme haben und dass die Voranschläge in den Jahren seit 2014 auch in Permanenz angehoben wurden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Damit kommen wir zur Anfrage 2:

**2. Ldtgs.Zl. 216/M/31:****Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner**

Ich darf ihn bitten, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin:

Welche zusätzlichen Kosten hat das neue Ärztearbeitszeitgesetz in den Kärntner Spitälern verursacht?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte um Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Vor zwei Jahren waren wir genau in der hitzigen Phase der Verhandlungen mit der Ärztekammer bezüglich der Neuregelungen des Arbeitszeitgesetzes. Die Grundlage dafür war eine Ermahnung der EU, welche Österreich auffordert, die Arbeitszeitrichtlinie für Ärztinnen und Ärzte vorzugeben. Daraufhin erfolgte aufgrund einer Gesetzesvor-

**Dr. Prettnner**

lage die Bestimmung, dass die Länder das umzusetzen haben. Wir haben mit den Vertretern der Ärzteschaft und auch der Gewerkschaft intensivste Verhandlungen gehabt. Ich glaube, das ist uns allen noch ganz genau in Erinnerung. In Summe ist es, was die KABEG betrifft, um 13,5 Millionen Euro gegangen. Aber das ganz Wesentliche an dieser Debatte war einerseits, dass wir diese Arbeitszeitrichtlinien umsetzen, weil es ist nichts wichtiger, als dass wir Ärztinnen und Ärzte in unseren Krankenanstalten haben, die ihre Arbeiten in überschaubaren Arbeitszeiten verrichten können und auch dementsprechend motiviert sind. Jedoch haben wir eine Vorgabe durch unsere Gesundheitsreform, dass unsere Ausgaben bezüglich der Steigerungen gedeckelt sind. Das heißt, österreichweit ist die Vereinbarung mit 3,5 Prozent Steigerungen getroffen worden und deshalb sind diese Forderungen auch an die Krankenanstalten weitergegeben worden. Die Summe der Aufwendungen ist nicht Eins zu Eins an die Krankenanstalten übertragen worden, sondern – was man als „intelligentes Sparen“ bezeichnen kann – hier sind Synergien genutzt worden, hier sind die Effizienzen gesteigert worden. Dementsprechend hat zum Beispiel die KABEG weniger Nettogehaltsabgang budgetiert, als im Budgetrahmen vorgegeben war und sie hat es trotzdem umsetzen können, dass die Gehälter bei den Ärztinnen und Ärzten gestiegen sind. Ebenso war es bei den privaten Krankenanstalten, dass die Steigerungen unter 3,5 Prozent gelegen sind. Das weist uns auch das österreichweite Monitoring aus, dass wir diesbezüglich sehr vorbildlich agiert haben. Wir sind eines jener Bundesländer, das dieses Monitoring immer einhält. Es gibt andere Bundesländer, die das nicht mehr schaffen beziehungsweise die das noch nie geschafft haben. Hier ist Vorarlberg zu erwähnen. Aber was Kärnten betrifft, haben wir die Ausgabendämpfung vorbildlich eingehalten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich bei der SPÖ nicht! Bei der ÖVP und bei den Grünen auch nicht! Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Die Ärzte haben, wie Sie gesagt haben, die verdiente Lohnerhöhung erhalten. Ist es von Ihrer Seite aus geplant, im nächsten Jahr endlich auch die Löhne des Pflegepersonals anzupassen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte nach Möglichkeit um Beantwortung!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Ich möchte betonen, dass es mir vor allem darum gegangen ist, dass Ärztinnen und Ärzte menschenwürdige Arbeitszeiten haben. Das war der primäre Fokus und das ist dementsprechend jetzt auch umgesetzt. Wir haben uns daran orientiert, wie die Lage österreichweit ist und wir haben uns vor allem am Bundesland Steiermark orientiert, was ja naheliegend ist, es ist unser Nachbarbundesland. Und wir haben uns nach der Vorgabe der Steiermark auch am Gehaltsschema orientiert, um konkurrenzfähig zu sein und dadurch auch junge Ärztinnen und Ärzte nach Kärnten zu holen und zu motivieren, hier bei uns, in unserem Bundesland zu arbeiten. Was die Bewerbungen betrifft, gibt uns dieses Modell recht, denn wir haben eine sehr gute Bewerbungslage. Viele junge Kollegen kommen gerne wieder zurück nach Kärnten beziehungsweise auch aus anderen Bundesländern. Also hat diese Strategie gezeigt, dass sie eine gute Strategie ist. Was die Pflege betrifft, wollen wir genauso konkurrenzfähig sein und gleiche Bedingungen wie in anderen Bundesländern haben. Die Ausgangssituation in diesem Bereich ist, was die Gehälter betrifft, etwas anders als bei den Ärztinnen und Ärzten, weil wir durch unser Gehaltsschema, das k-Schema, eine sehr hohe Vorgabe haben und beispielgebend waren für andere Bundesländer, sodass andere Bundesländer mit ihren Gehältern jetzt nachgezogen haben und an Kärnten herangekommen sind. Aber ich gebe Ihnen recht, wir sind auch in Verhandlungen mit der Gewerkschaft bezüglich des Gehaltsschemas der Pflege, nämlich um österreichweit auch hier konkurrenzfähig zu sein und auch hier die besten Be-

**Dr. Prettnner**

dingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege bieten zu können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit sind die anstehenden Anfragen abgearbeitet. Wir kommen nun um 14 Uhr und 19 Minuten zur Durchführung und Abhaltung der Aktuellen Stunde.

**Aktuelle Stunde**

Es liegt ein entsprechender Antrag des freiheitlichen Landtagsklubs vor. Dieser Klub ist nach dem Rotationsprinzip heute an der Reihe. Das Thema lautet: „Mietensenkungen für Kärnten“ und als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Christian Leyroutz. Ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer zu Hause und auf der Tribüne! „Mietensenkungsprogramm für Kärnten“ ist heute das Thema. Man könnte auch sagen: „Wie versprochen, so gebrochen“. Wir haben dieses Thema deswegen gewählt, weil steigende Wohn- und Energiekosten die Bevölkerung in die Armutsfalle treiben, denn Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis, eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für die Erhaltung der psychischen und physischen Gesundheit unerlässlich. Aber Menschen, die von Armut betroffen sind, leben häufig in unzumutbaren, ungesicherten Wohnsituationen und sind oft von Delogierung betroffen. In Österreich leben rund 1,6 Millionen Haushalte in Mietwohnungen, das sind mit 45 Prozent nahezu die Hälfte der Haushalte und damit ist für nahezu die Hälfte der Haushalte in Österreich und in Kärnten die Höhe der Mieten von besonderer Bedeutung für ihre finanzielle Situation. Wohnen wird auch bei uns in Kärnten und nicht nur in ganz Österreich teurer. So haben sich im Zeitraum 2013 bis 2015 die Kosten für private Mietwohnungen und Genossenschaftswohnungen um sieben Prozent erhöht und auch für das Jahr 2016 ist diese Erhöhung dramatisch vorangeschritten. Nach einer Information der Arbeiterkammer macht bei vielen Haushalten die Miete schon die Hälfte des Lohnes aus und im

Durchschnitt wenden die Haushalte, bezogen auf ganz Österreich und Kärnten, zumindest ein Drittel des Haushaltseinkommens für Miete auf. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist daher im Mietensektor eine gewaltige Schieflage zu Lasten der Bürger entstanden und es ist die Pflicht der Politik, dagegen etwas zu unternehmen. Ich darf Sie hier insbesondere auf den von uns am 14. Juli dieses Jahres initiierten Dringlichkeitsantrag hinweisen, den wir im Kärntner Landtag eingebracht haben und der mit den Stimmen aller einstimmig beschlossen wurde. In diesem Antrag haben wir nicht nur explizit Verhandlungen mit dem Bund zur Rücknahme der mit 1. Juli 2016 in Kraft getretenen Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes eingefordert, sondern auch ganz klar die Kärntner Landesregierung aufgefordert, ein Mietensenkungsprogramm zu initiieren und umzusetzen.

„Wie versprochen, so gebrochen“ – ich darf hier nochmals in Erinnerung rufen, dass genau dieses Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz im Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen wurde und das zeigt einmal mehr das Politikverständnis auf, auf der einen Seite in Kärnten großartig einstimmige Beschlüsse mitzutragen und auf der anderen Seite in Wien nicht dafür zu sorgen, dass diese Beschlüsse wieder aufgehoben werden. Das ist eine Politik, die unverständlich ist und die vielen Kärntnerinnen und Kärntner, die nahezu ein Drittel ihres Lohnes für Mieten ausgeben müssen, können sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen. Als konkretes Beispiel verweise ich auf die rot geführte Gemeinde Völkermarkt, in der es mittlerweile zu einer drastischen Erhöhung der Mieten gekommen ist.

Und Frau Finanzlandesrätin, es ist kein Mietensenkungsprogramm, wenn Sie die Mieter auffor-

**Mag. Leyroutz**

dem, die Wohnbeihilfe zu beantragen, wenn Sie genau wissen, dass Ihre Koalition die Bemessungsgrundlagen und -sätze für den anrechenbaren Wohnungsaufwand seit dem Amtsantritt 2013 nicht verändert hat und daher immer mehr Bedürftige aufgrund der Inflation aus der Wohnbeihilfe herausfallen und viele die Kürzungen in der Wohnbeihilfe hinnehmen müssen, wie Sie das ja auch in Ihren Ausführungen dargestellt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sagen daher klar, es ist zu wenig, dass man in Kärnten lediglich unter den Höchstsätzen für die Genossenschaftswohnungen bleibt. Treten Sie als Regierungsmitglieder endlich in Verhandlungen mit der Bundesregierung und mit Ihren eigenen Parteifreunden in Wien und ändern Sie dieses Gesetz, damit tatsächlich die Mieten für die Genossenschaftswohnungen deutlich gesenkt werden können, denn dann muss auch der private Sektor nachziehen! Führen Sie nicht nur Gespräche mit wenigen Genossenschaften in Kärnten, sondern treten Sie in Verhandlungen mit allen Kärntner Wohnbaugenossenschaften, um zu erreichen, dass ein umfassendes Mietensenkungsprogramm durchgeführt wird, da die einzelnen Genossenschaften in Kärnten zu hohe Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge einheben und auf hohen Beträgen sitzen! Schaffen Sie endlich die Möglichkeit der begünstigten Rückzahlung der Wohnbaurdarlehen für die Wohnbaugesellschaften ab, denn diese Wohnbaugesellschaften machen davon immer Gebrauch, um ihr Körpergeld auf Kosten des Landes zu holen, anstatt mit ihrer Liquidität neue Wohnungen zu bauen oder bestehende zu sanieren! Auch das wäre ein Beitrag, Mieten zu senken, weil Energiekosten sinken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Senkung der Wohnungs- und Mietkosten ist ein Gebot der Stunde und sollte nicht der weitere Bruch Ihrer Wahlversprechen sein! *(Beifall von der F-Fraktion und vom Team Kärnten.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der SPÖ, Abgeordneter Herwig Seiser. Ich erteile es ihm!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Auch zu Hause an den Internetgeräten! Selbstverständlich ist Kritik zulässig. Kritik an Zuständen, zu deren Änderung man mehr als ein Jahrzehnt in der Lage gewesen wäre, ist nicht zulässig, Herr Kollege Leyroutz! Sie haben als FPÖ-Politiker vom Jahr 1999 bis zum Jahr 2013 die Verantwortung über die Wohnbaupolitik und über die Finanzpolitik in diesem Land gehabt und wir räumen jetzt Ihre Scherben weg, Herr Kollege Leyroutz! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion. – 3. Präs. Lobnig: Ihr wart ja nirgends dabei!)* Die Wohnbaupolitik insbesondere im Hinblick auf den sozialen Wohnbau war in Kärnten in diesem Zeitraum ganz besonderen, eigenen Gesetzen unterworfen. Nämlich der Frage, wie kann ich aus dem vom Steuerzahler geschaffenen Eigentum Kapital schlagen? Auf Deutsch gesagt, wie kann ich den Menschen das Dach über dem Kopf wegverkaufen, um meine eigene Finanzpolitik, meine verfehlte Finanzpolitik, sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene, zu kaschieren? Wir wissen alle, dass zu Beginn des Jahres 2000 zwei Mal aushaftende Wohnbauförderungsdarlehen in Milliardenhöhe verkauft wurden und das Geld dafür nicht mehr dem sozialen Wohnbau zugeführt wurde, sondern die Erlöse ausschließlich in die Budgetlöcher gestopft wurden – unter Verantwortung von freiheitlichen Wohnbaureferenten und freiheitlichen Finanzreferenten. Und dieses Geld, geschätzte Damen und Herren, ist uns über die Zeit, um Mietensenkungsprogramme durchzuführen, immer wieder abgegangen. Das hat auch heute noch entsprechende Auswirkungen, weil es notwendig ist, aus dem Landesbudget jene Gelder aufzubringen, die das Land für die Abfederung der Annuitätensprünge braucht, um Mieterhöhungen hintan zu halten. Und es ist bereits im Jahr 2013 gelungen, eine Mietensenkung im Ausmaß von einem Euro pro Quadratmeter pro Monat herbeizuführen, weil wir diese Annuitätensprünge abgeflacht haben, geschätzter Herr Kollege Leyroutz!

Der zweite Streich der Freiheitlichen Wohnbaupolitik. Sie wissen noch alle, der größte Landeshauptmann aller Zeiten und der größte Finanzminister aller Zeiten haben zusammen die BUWOG- und ESG-Wohnungen verhökert – in

**Seiser**

Milliardensumme! – *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)* was heute noch dazu führt – aktuelles Beispiel vom März 2015 – dass ehemalige Genossenschaftswohnungen der BUWOG und ESG Mieterhöhungen bis zu 77 Prozent von einem auf den anderen Monat hatten! Auch dafür haben wir uns bei den Freiheitlichen Wohnbaupolitikern zu bedanken! Und Sie reden hier von Mietensenkungsprogrammen, Herr Kollege Leyrouz – das ist doch etwas verwegen! Ab 2013 ist es uns gelungen, noch mehrere Mietensenkungsprogramme durchzuführen, weil der Landeshauptmann es nicht zugelassen hat, dass die Einhebung der EVB von den Genossenschaften in der vollen Höhe durchgeführt wird. Das heißt, das hat auch dazu geführt, dass eine Mieterhöhung zwischen 30 Cent und zwei Euro pro Quadratmeter hinten gehalten wurde. Im gesamten Zusammenhang muss man trotz der freiheitlichen Wohnbaupolitik der letzten Jahrzehnte bemerken, dass es in Kärnten gelungen ist, die Mieten auf zweitniedrigstem Niveau im Bundesländervergleich zu halten. Wir haben in Kärnten *(Vorsitzender: Eine Minute Redezeit!)* im genossenschaftlichen Wohnbau Bruttomieten von € 5,20 und Privatmieten im Ausmaß von € 6,60. Da halten wir uns mit dem Bundesland Burgenland die Spitze.

Seit 2013 sind auch die Wohnbeihilfen um drei Millionen Euro erhöht worden. Das heißt also, trotz freiheitlicher, katastrophaler Wohnbaupolitik sind wir einigermaßen mit einem blauen Auge herausgerutscht aus dieser Geschichte. Aber dennoch, Herr Kollege Leyrouz und werte Kollegen der freiheitlichen Partei, werden wir mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz weitere Schritte setzen, um das Wohnen in Kärnten, um dieses Menschenrecht, nämlich das Dach über dem Kopf, für die Kärntnerinnen und Kärntner leistbar zu halten, finanzierbar zu halten und auf einem Qualitätslevel zu halten, der auch der Kärntner Bauwirtschaft zu entsprechenden Geschäften beziehungsweise der auch der Kärntner Bauwirtschaft zu entsprechendem Gedeihen verhilft! Das ist sozialdemokratische Wohnbaupolitik, Herr Kollege Leyrouz! *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!)* Und wenn Sie das nächste Mal wieder das Thema einer Aktuellen Stunde wählen, dann seien Sie etwas vorsichtiger, weil das ist doch eher eine sehr, sehr verwegene Art und Weise, *(Vorsitzender: Herr*

*Klubobmann!)* hier Politik zu machen! Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der ÖVP, Abgeordneter Bürgermeister Ferdinand Hueter. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause und auf der Tribüne! Liebe Regierungsmitglieder! Ja, das Thema der heutigen Aktuellen Stunde, „Mietensenkungsprogramm für Kärnten“, ist fürwahr ein sicher interessantes Thema, aber wie halt oft im Leben so, ihr hättet das Alles schon machen können! Da glauben wirklich einige, das kann man mit einem Dringlichkeitsantrag oder einer Aktuellen Stunde machen und schon ist das Thema erledigt. Der Kollege Staudacher ist da ja ein gebranntes Kind, der hat beim Mölltaler Gletscher immer nur von Dingen herumgefaselst und erzählt, zuerst beschließen, stellen wir es dann unter Schutz und hat dann geglaubt, mit einem schnellen Dringlichkeitsantrag ist alles bereinigt. Also da sieht man, Kollege Staudacher, wie weit du *(Abg. Staudacher: Was hast du denn versprochen im Mölltal droben?)* von der Materie her daneben bist! Du musst natürlich noch sehr viel lernen, aber du bist ja schon ein paar Jahre herunter, deswegen ist, glaube ich, Nachhilfeunterricht angesagt. Ich würde an deiner Stelle ein bisschen aufpassen, Dummheiten und Unwahrheiten zu erzählen, das steht einem Landtagsabgeordneten nicht zu! Informiere dich zuerst, wer unter Schutz gestellt hat und dann reden wir weiter! Das zu diesem Thema. *(Einwand von Abg. Staudacher. – Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Das Zweite: Bei der Wohnbauförderung ist es genauso. Die BUWOG- und die ESG-Wohnungen verkaufen, die Erlöse in ganz andere Dinge zu investieren und sich dann hierher zu stellen und zu sagen, wir brauchen leistbares Wohnen, billige Wohnungen, das ist so durchsichtig wie eine Glasscheibe! Nur, bei deiner

**Ing. Hueter**

Glasscheibe ist irgendwo so ein blauer Faden drauf und deswegen siehst du nicht durch! Das ist das Problem, das du hast! Aber ansonsten ist leistbares Wohnen sicher ein Grundrecht jedes Kärntners und jeder Kärntnerin. Ja, dazu stehen wir auch! Leistbares Wohnen! Logischerweise will jeder eine günstige Wohnung haben. Da müssen wir die Parameter verändern, damit es am Ende des Tages zu einem leistbaren Wohnungsangebot kommt. Da haben wir von der ÖVP 2014 einen Dringlichkeitsantrag eingebracht – Herr Kollege, hör zu! – Wohnbauförderung attraktivieren, die Widmungsverfahren, die da unmittelbar mit hinein greifen, beschleunigen, Bauvorschriften und Auflagen reduzieren, um Baukosten zu senken und heimische Bauwirtschaft und das Gewerbe anzukurbeln. Das ist Eins zu Eins eine arbeitsplatzsichernde Maßnahme! Klare Zielvorgabe ist auch, den Wohnbau und das Wohnen leistbar zu machen. Logischerweise! Die heutige Situation ist aber zum Teil so – und das ist das Bedenkliche daran – es gibt ein Angebot, aber zu wenig Nachfrage. 80 Prozent der privaten Eigentümer und Häuselbauer verzichten auf die Wohnbauförderung. Warum? Weil die Auflagen so hoch sind, dass sie diesen Zuschuss quasi egalisieren. Da ist, glaube ich, schon die Politik hier im Landtag zuständig, das attraktiver zu machen, damit wir wieder Eigentum schaffen und damit die Mieten in Summe billiger werden! Da sind wir gefordert, das zu machen! Ich glaube, wir werden das auch zusammenbringen. Wir werden uns hier damit auseinandersetzen, um diese Dinge wirklich dorthin zu bringen.

Das Fazit ist: Der jetzige Weg, teuer zu bauen und dann die teuren Wohnungen mit Wohnbeihilfen zu finanzieren, ist ein falscher. Wir müssen es umgekehrt machen! Wir müssen billiger bauen, damit wir den Zuschuss wirklich dorthin bringen, wo er hingehört, damit es wirklich ein Zuschuss ist, weil ich sonst gerne darauf verzichte! Gerade jetzt in der Situation, wo die Zinsen sehr billig sind, kann sich das jeder durchrechnen, weil das kein Zuschuss mehr ist, sondern das nur mehr ein Nullsummenspiel ist. Ich habe auf der einen Seite sehr viele Auflagen, kriege die Wohnbauförderung als verlorenen Zuschuss, aber das egalisiert mir quasi das eine, was ich als Auflagen noch zusätzlich habe. Da gehe ich gleich her und gehe zur Bank. Da kriege ich ein Darlehen mit zwei oder 2,5 Prozent

Verzinsung und dann brauche ich keine Auflagen einhalten, ich brauche mir keine Kontrollen gefallen lassen, und, und, und. Ich glaube, hier sind wir alle gefordert, wieder leistbares Wohnen zusammenzubringen! Wir sind gefordert, diese Dinge zu durchforsten, diesen Dschungel an Auflagen so hinzubiegen, dass sie auch zumutbar sind, dass auch der Betroffene – und um das geht es ja – merkt, jawohl, ich muss ein paar Auflagen erfüllen, auch was ökologische Auflagen anbelangt, zum Beispiel mit der Energieeffizienz, ja, aber wir müssen nicht das Kind mit dem Bad ausschütten, dass das so gut isoliert werden muss, um diese Werte zu erreichen, dass es in keinem Verhältnis mehr zu dem steht, was ich mehr kriege. Deswegen: Wir müssen als Legislative hergehen und sagen, es muss einfacher, schneller, weniger bürokratisch, effizienter werden, *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!)* – danke, Herr Präsident! – um die Wohnbauförderung dorthin zu bringen, damit sich die Kärntnerinnen und Kärntner die Wohnungen wieder leisten können, dass sie billiger werden, dann sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg! Wie gesagt, noch einmal an die Kollegen der FPÖ: Mit Dringlichkeitsanträgen allein und mit Aktuellen Stunden sich mit dem Thema zu befassen, das ist ein bisschen zu wenig! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Klubobfrau der Grünen Dr. Barbara Lesjak. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Mag. Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Geschätzte Kollegen, Kolleginnen! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Geschätzte Kollegen der Medien und ZuhörerInnen zu Hause! Die Thematik, die Mieten zu senken, erfordert einen umfassenden Blick auf die soziale und wirtschaftliche Situation Kärntens. Wir haben ja gehört, dass die Mieten in Kärnten im Österreich-Vergleich ohnehin vergleichsweise gering sind. Eine monatliche Nettomiete beträgt in Kärnten vier Euro pro Quadratmeter, das ist weit unter dem Österreich-Durchschnitt. Es ist so, dass die Betriebskosten, verglichen mit anderen



**Mag. Dr. Lesjak**

Bundesländern, auch sehr niedrig sind. Es ist aber auch so, dass Kärnten hinsichtlich anderer Daten im Bundesländer-Vergleich auch nicht an der Spitze steht. Wir haben eine niedrige Kaufkraft, die Löhne sind auch niedrig, also die Lebenshaltungskosten sind insgesamt eher niedrig. Schon besorgniserregend sind diese Zahlen natürlich, wenn man bedenkt, dass es eine wirtschaftliche Entwicklung für die Zukunft geben soll, die Perspektiven eröffnen soll. Da müssen wir aus einigen Schlusslichtpositionen herauskommen, eben zum Beispiel bei der Kaufkraft, da sind wir an letzter Stelle. Da sind wir jetzt sogar hinter die Steiermark gerutscht und hinter das Burgenland. Auch beim Einkommen ist Kärnten mit € 800,- unter dem Österreich-Durchschnitt. Da haben wir noch einiges aufzuholen, wobei man sich auch genauer anschauen muss, dass es hier regionale Unterschiede gibt, natürlich auch bei uns in Kärnten! In den Städten ist es so, dass die Einkommen stagnieren und leicht ansteigen, weil es hier eben Arbeitsplatz-Konzentrationen gibt. Im ländlichen Bereich gibt es da eine eher kritische Entwicklung, wo die Einkommen massiv im Sinken begriffen sind. Korrespondierend damit ist auch die Entwicklung im Bereich der Immobilien, bei den Mieten. Wir haben natürlich auch hier dieses Phänomen, dass die Städte Klagenfurt und Villach zum Beispiel größer werden, dass sie wachsen. Hier steigen die Mieten auch leicht an. Auf dem Land sinken die Mieten, was halt auch mit der entsprechenden Kaufkraft und mit der Einkommensentwicklung zu tun hat. Da muss man natürlich, wie schon angedeutet, eine Gesamtbeurteilung haben auf diese Entwicklungen, auf diese Abwanderung, auf diesen Zuzug zu den Städten und darüber hinaus auch auf eine demografische Entwicklung, die sehr kritisch ist. Das erzeugt hohe Spannungsfelder sozialer und volkswirtschaftlicher Natur. Wir haben die Spannungsfelder zwischen Stadt/Land, Arm/Reich, Alt/Jung. Wir haben auch das – und das ist auch eine Besonderheit in Kärnten – dass Kärnten das einzige Bundesland ist, das nicht wächst. Kärnten schrumpft! Aufgrund mangelnder qualifizierter Zuwanderung ist es eben so, dass Kärntens Bevölkerung nicht im Wachsen begriffen ist, so wie in Österreich in allen anderen Bundesländern die Bevölkerung wächst. Da gibt es jetzt auch neue Zahlen dazu. Das sind schon besorgniserregende Daten!

Darüber hinaus haben wir ein Budget, das durch Vorgänger-Regierungen ein katastrophales Budget ist, das jetzt saniert gehört! Wir bemühen uns hier redlich, dieses Budget zu sanieren bei gleichzeitiger Verarbeitung des Hypo-/HETA-Desasters. Da habe ich mir auch in der Vorbereitung für diese Aktuelle Stunde gedacht: Es ist schon bemerkenswert, dass eine Partei jetzt nach Mietensenkung ruft, und diese Partei es jene ist, die in der Vergangenheit diese budgetäre Situation in Kärnten maßgeblich verursacht hat, seinerzeit die Wohnbauförderungsdarlehen verkauft hat, die Krankenhäuser verkauft hat, was dazu geführt hat, dass wir heute in einer extrem schwierigen Situation sind! Jetzt wird hier dann scheinheilig eine Mietensenkung verlangt. Das hätte man ja auch in der Vergangenheit schon irgendwo sehen können. *(Vorsitzender: Eine Minute noch!)* Das ist aber nicht passiert! Und gleichzeitig ist es auch jene Partei, die eine Kürzung der Mindestsicherung verlangt, wo wir ja in Kärnten die strengste Mindestsicherung überhaupt haben. Die Wohnkosten mit € 209,- sind da schon eingerechnet. Dann wird da geredet von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und in Kärnten sind die Menschen von Armut betroffen! Ja, das sind sie! In Kärnten sind die Menschen überdurchschnittlich von Armut betroffen! Und wenn wir mit sozialen Errungenschaften wieder zurückfahren, dann wird das Problem der Wohnraumbeschaffung noch extremer werden!

Wir sind angetreten, um Kärnten eine Zukunft zu garantieren und positive Perspektiven zu entwickeln. Es wird darum gehen, beim Wohnbauförderungsgesetz an einigen Schrauben zu drehen! Wir sind dabei, hier eine Ökologisierung voranzutreiben, vor allem auch durch Effizienzmaßnahmen und durch Entlastung von Betriebskosten. Die Althausanierung hat ja verschiedene positive Effekte, nicht nur soziale, sondern auch ökologische Effekte. *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Auch die Bauwirtschaft wird hier angekurbelt. Nur ein letzter Satz, weil gesagt worden ist, wir müssen billiger bauen: In Zukunft werden die Lebenszyklus-Kosten in der Kostenberechnung und Kostenbewertung einberechnet, also die ganzen Entsorgungskosten, Abriss und Verwertung der Baustoffe. Das muss man einrechnen und Lebenszyklus-Kosten bei der Berechnung von Wohnraum berechnen. Damit wird zum Beispiel der

**Mag. Dr. Lesjak**

Holzbau interessanter, *(Vorsitzender: Frau Klubobfrau, bitte, zum Schluss zu kommen!)* weil wir hier eben ökologische Maßnahmen setzen werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr IG-Sprecher Prof. Dr. Hartmut Prasch. Ich erteile ihm das Wort! Allerdings möchte ich vorher noch den Herrn Landeshauptmann, der jetzt schon einige Redner lang anwesend ist, auf der Regierungsbank sehr, sehr herzlich begrüßen! Herzlich willkommen, Herr Landeshauptmann! *(Beifall im Hause.)* Bitte!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TK):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich darf heute meine Wortmeldung mit einem Ausflug in den Kärntner Landtagswahlkampf 2013 und mit einem damals erschienen Artikel beginnen, Zitat: „Die SPÖ Kärnten sagt den teils horrenden Wohn- und Mietpreisen den Kampf an. Mittels Einrichtung eines eigenen Wohnaufonds, der Einführung eines Wohnstartgeldes für Jungfamilien, der Berücksichtigung der Betriebskosten bei der Berechnung der Wohnbeihilfe sowie der Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsbeiträge auf Landesebene sollen die Mieten in Kärnten auf ein sozial verträgliches Maß gesenkt werden. Um die unter den explodierenden Wohnkosten stöhnenden Kärntnerinnen und Kärntner über ihre Pläne zu informieren, tourt die SPÖ Kärnten mit einer Aufklärungskampagne unter dem Titel ‚Leistbares Wohnen – Mieten senken‘ durch die Bezirke.“ Zitat Ende. Anhand dieser Ausführungen sieht man wieder einmal, wie leer Wahlversprechen sein können. Heute kennen wir nämlich die Realität. Die Mieten in Kärnten sind in den vergangenen Jahren um über acht Prozent angestiegen und das ist die Wahrheit! Von einer Reduzierung der Kosten, wie sie den Menschen in unserem Land von der SPÖ versprochen worden ist, fehlt jegliche Spur! Für mich persönlich ist es ein bisschen skurril einzustufen, wenn von

SPÖ-Seite kürzlich überhaupt versucht wird, Mietenerhöhungen in Kärnten als politischen Erfolg darzustellen. So ungefähr hat man es von der zuständigen Referentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig gehört: „Keine drastischen Erhöhungen.“ *(3. Präs. Lobnig: Sind Erhöhungen!)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch keine drastischen Erhöhungen sind Erhöhungen und damit der Bruch eines zentralen Wahlversprechens im Zuge des Landtagswahlkampfes 2013! *(Beifall vom Team Kärnten, von der F-Fraktion und vom BZÖ.)*

Im eingangs auszugsweise widergegebenen Artikel ist auch von der Zweckbindung der Wohnbauförderungsbeiträge die Rede. Mittlerweile wissen wir, dass sich die Koalitionspartner auf Bundesebene, darunter natürlich auch die SPÖ, erneut gegen diese wichtige Zweckbindung ausgesprochen haben. Nun droht in den nächsten Jahren weiter, dass Wohnbaumittel in den Budgetlöchern versickern und zweckentfremdet werden können. Bei aller notwendigen Kritik und Erinnerungshilfe möchte ich dennoch positiv erwähnen, dass sich die SPÖ zumindest jetzt zu bewegen beginnt und startet. Ein geplantes neues Wohnbauförderungsgesetz, das wir allerdings noch nicht kennen, soll die Mieter künftig entlasten, Bürokratie abbauen und die Bauwirtschaft ankurbeln. Ich hoffe, dass dieses angekündigte Gesetz nicht ebenfalls zu einem Flop oder Gag verkommt wie das Wahlversprechen aus dem Jahr 2013 „Leistbares Wohnen – Mieten senken.“ Damit zumindest eines der ehrgeizigen Ziele erreicht werden kann, nämlich die Bauwirtschaft im Land anzukurbeln, ist es aus unserer Sicht absolut notwendig, dass wir am heimischen Wohnungsmarkt Liberalisierungsschritte setzen. Wir wissen alle, dass unser österreichischer Wohnungsmarkt zu den am strengsten regulierten der Welt gehört. Drei von vier Mietverträgen werden direkt durch den Staat bestimmt. Uns ist vollkommen bewusst, dass der Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt ohne mehr privates Geld nicht zu lindern sein wird, *(Vorsitzender: Eine Minute noch!)* deswegen müssen die strengen Auflagen und Bestimmungen für den Wohnbau radikal gesenkt werden. Nur so kann ein Anreiz, mehr neuen Wohnraum durch Private zu schaffen, gesetzt werden. Hier braucht es Initiativen, und nicht nur im öffentlichen Bereich, der es, wie wir wissen, in den letzten Jahren überhaupt nicht geschafft hat, Mieten wir-

**Dr. Prasch**

kungsvoll zu senken, nicht nur in Kärnten nicht, sondern auch in den anderen österreichischen Bundesländern nicht. Danke sehr! (*Beifall vom Team Kärnten, von der F-Fraktion und vom BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der BZÖ-Abgeordnete Wilhelm Korak. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Korak** (BZÖ):

Danke schön, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Und auch oben auf der Tribüne ein herzliches Grüß Gott!

Kollege Prasch hat mir eines jetzt schon vorweggenommen, aber ich kann es gerne wiederholen: Das Sprichwort, dass jeder ein Dach über dem Kopf hat, das große Wahlversprechen der SPÖ, „Mieten senken“, hat leider nicht stattgefunden. Einen, den ich sehr wohl lobend erwähnen möchte, der es geschafft hat, bei Mieterhöhungen zu schalten, das war ein SPÖ-Bürgermeister, und zwar der der Herzogstadt St. Veit. Der hatte wirklich die Courage, zu sagen, da mache ich nicht mit, meine Bürgerinnen und Bürger sind mir wichtig! Der hat 5,5 Millionen in die Hand genommen, 54 Wohnungen gekauft, damit die Mieten nicht gestiegen sind. Das ist sozialdemokratische Wohnungsbeschaffung für die Bevölkerung! Ich glaube, der Rest der SPÖ in Kärnten kann sich da nur eine Scheibe abschneiden, denn da kommen sie nicht dazu! Das ist der Einzige, glaube ich, ein Lichtblick, der noch weiß, was es heißt, für die Bevölkerung da zu sein! Aber eines vorweg: Es waren BUWOG-Wohnungen, Herr Landeshauptmann, die er gekauft hat, aber ich kann Ihnen auch ein Beispiel (*LH Mag. Dr. Kaiser: Die die anderen verscherbelt haben!*) – Herr Landeshauptmann, ich kann dir aber auch ein Beispiel geben, (*LH Mag. Dr. Kaiser: Bitte!*) es sind Wohnungen, die die Landeswohnbau Kärnten in der Marktgemeinde Brückl gebaut hat – ich gebe es dir dann gerne, wenn du möchtest! Wir reden davon, dass in Brückl 54 Wohnungen leerstehend sind. Aus einem einfachen Grund: Weil sich die Bevölke-

rung diese Wohnungen auch nicht leisten kann! Wenn man heute hergeht und sagt, man hat eine Wohnung mit 77 Quadratmetern, kostet die in Brückl € 542,29, plus Finanzierungsbeitrag, inklusive Kautio reden wir da von extra noch € 4.720,--. Wie soll sich das eine alleinerziehende Frau, eine junge Familie leisten können? (*Abg. Mag. Dr. Lesjak: Das ist die Kürzung der Mindestsicherung!*) Jetzt kommt ja gerade die richtige Frau herein, aber zu dir komme ich später, Barbara! Wenn ich sage, es gibt weitere Wohnungen in Brückl, die kann man sich nicht leisten! Und ich glaube nicht, dass das in Brückl, wenn 54 oder 55 Wohnungen frei sind, schon Auswirkungen vom HCB-Skandal sind, denn es geht ja weiter. In Eberstein gibt es genügend Wohnungen, die leer sind, in Klein St. Paul gibt es Wohnungen en masse, die ich mir heute in der Vorbereitung ausgedruckt habe (*Der Redner hält die Unterlagen hoch.*) die man sich nicht mehr leisten kann! Denn wie kann es sein, wenn in Brückl neu gebaut wird, inklusive Lift gebaut wird, dass dann die Bevölkerung, obwohl sie mit dem Lift in den zweiten, dritten Stock fahren kann, diese Wohnungen nicht nimmt und sie sich nicht leisten kann? Ein kleines Beispiel demgegenüber: Wenn wir dann zum Thema der Flüchtlinge kommen, wie wir es ja im Vorjahr alle miteinander erlebt haben, schreckliche Dinge erlebt haben, das gebe ich auch zu, aber wenn man hergeht und sagt, BUWOG-Wohnungen kann sich der Einheimische nicht leisten, aber jetzt nehmen wir dann Flüchtlinge dort hinein, das zahlt ja die Allgemeinheit, das ist super! Aber irgendwas zu machen, dass die Bevölkerung etwas Billigeres bekommt oder einen dementsprechenden Zuschuss bekommt, das geht nicht. (*Abg. Mag. Dr. Lesjak: Aber wer hat sie verkauft?*) Ja, ich weiß schon, in der Vergangenheit rühren, „wer hat sie verkauft?“, ist immer das Einfachste! 2013 war das das große Wahlthema, „Mietensenkungen“, und jetzt haben wir 2016, fast am Jahresende. Was ist bis jetzt passiert? (*Abg. Rutter: Nix!*) Nichts! Gar nichts! Das Einzige, was passiert ist, die „Mutti Merkel von Kärnten“, wie ich sie vor Kurzem bezeichnet habe, hat in einer Aussendung gemeint, wir müssen mehr Zuwanderung bekommen, weil die werden das Ganze dann machen. Ja, super! Wo werden wir sie denn hintun, liebe Frau Kollegin Lesjak? Die Flüchtlinge, die du hereinholen willst, die kriegen dann die Wohnungen und umgekehrt (*Abg. Mag. Dr. Lesjak:*

**Korak**

*Qualifizierte Zuwanderung!*) – Ja, das hast du danach gesagt, weil du von allen Seiten, selbst von der ÖVP, von deinen Koalitionspartnern, Kritik bekommen hast, da bist du dann munter geworden! Fakt ist eines, die eigene Bevölkerung kann sich teilweise die horrenden Mieten nicht mehr leisten. Dass das ein Thema ist – Herr Landeshauptmann, da gebe ich dir recht! – das man nicht von heute auf morgen ändern kann (*Vorsitzender: Eine Minute!*) – Danke, Herr Präsident! – da bin ich bei dir. Aber 2013 etwas zu versprechen und jetzt Ende 2016 zu sein und bis dato noch nichts getan zu haben in der Richtung, dann ist es schon ein bisschen verwegen, zu sagen, man schaut auf die Bevölkerung, vor allem im Sozialbereich! Aber wenn ich schon dabei bin: Man hört ja, das neue Mietrechtsgesetz beziehungsweise die Wohnbauförderung sollten ja neu gemacht werden, einzelne Spatzen pfeifen es ja schon vom Dach, dass dann in Zukunft von der Frau Finanzreferentin das wohl gemacht werden sollte, eine Erleichterung im sozialen Wohnbereich für Migranten, Flüchtlinge oder wen auch immer zu machen. Da frage ich mich: Wo bleibt die Kärntner Bevölkerung bei der SPÖ und bei den Grünen? Danke schön! (*Beifall von Abg. Mag. Trodt-Limpl, von der F-Fraktion und vom Team Kärnten.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Stellvertretender Klubobmann Harald Trettenbrein von den Freiheitlichen. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Wir haben jetzt von sechs verschiedenen Fraktionen viel gehört über Wohnbauförderungsgesetze, BUWOG, demographische Entwicklung, Wahlversprechen und vieles mehr. Ich möchte Ihnen ein konkretes Beispiel einer Familie aufzeigen. Walter, ein junger Mann, 28 Jahre alt, arbeitet seit fünf Jahren bei einem der größten Hühnerverarbeitungsbetriebe bei uns im Bezirk, netto € 1.452,-- im Monat. Seine Gattin Helene ist 24 Jahre alt, Teilzeitkraft bei einer Fastfoodkette, bekommt zwischen € 620,-- und € 680,-- im Monat, es kommt darauf an, ob ein

Feiertag dabei ist oder nicht, wie der Durchrechnungszeitraum bei diesen Ketten eben so ist. Für den Sohn Lukas, der jetzt im Dezember vier Jahre alt wird, gibt es € 117,-- Kinderbeihilfe. Seit 2011 wohnen sie in einer Wohnbaugenossenschaftswohnung in St. Michael bei Wolfsberg. Als sie damals eingezogen sind, war der Mietpreis bei € 510,-- warm, außer Strom, der ist extra. Seitdem ist die Miete jährlich zwischen € 18,-- und € 23,-- pro Monat gestiegen, also sind sie jetzt bei € 645,-- monatlicher Miete angekommen. Die jährliche Betriebskostennachzahlung bewegt sich immer so zwischen € 30,-- und € 60,--. Heuer wurde von der Wohnbaugenossenschaft bereits im Vorfeld angekündigt, dass sich die Nachzahlung bei € 80,-- bis € 100,-- bewegen wird, mit der Begründung, dass die Wasser- und Kanalgebühren in der Gemeinde massiv erhöht wurden, dass die Versicherungen teurer geworden sind und dass die Zusatzleistungen wie Schneeräumung auch alle teurer geworden sind. Lukas besucht den öffentlichen Kindergarten in Wolfsberg. Bis vor einem halben Jahr betragen die Kosten dafür € 134,-- inklusive Essen. Seit 1. September sind diese Beiträge von der Gemeinde massivst erhöht worden, sie zahlen jetzt € 180,--. Das sind im Monat € 46,-- mehr für die Kinderbetreuung. Und um zur Arbeitsstelle zu kommen – sie haben ja beide Schichtbetrieb – brauchen sie zwei Fahrzeuge. Eines davon, mit dem würde ich mich nicht mehr zu fahren getrauen, aber sie können sich halt kein anderes leisten. Der öffentliche Verkehr ist nicht nutzbar, weil es eben im Schichtbetrieb – einmal am Vormittag, einmal am Nachmittag – gar nicht gehen würde. Die Mutter von Walter hat einen schweren Schlaganfall gehabt, ist jetzt im Altenheim, der Vater ist vor drei Jahren an Krebs gestorben. Das Familiengrab wird auch von der Familie betreut, weil sie keine Geschwister haben. Die Friedhofsgebühren sind im heurigen Jahr um sage und schreibe 60 Prozent erhöht worden. Das sind € 45,-- Mehrkosten für die Familie. Die Erhöhung der Eintrittspreise der Saisonkarten im Stadionbad hat dazu geführt, dass sie sich keine zwei Saisonkarten mehr leisten können, es gibt nur mehr eine in der Familie. Helene geht mit ihrem Sohn ins Stadionbad, beim Vater geht sich das eben nicht mehr aus. Wenn man das alles zusammenzählt, kommt man auf sage und schreibe € 980,-- Mehrbelastung für diese Familie. Das sind monatlich immerhin € 80,--. Wenn

## Trettenbrein

man jetzt die Lohnerhöhungen, die sie bekommen haben, wegchnet – und ich habe mir die Lohnzettel angeschaut, gemeinsam haben sie € 14,80 Lohnerhöhung bekommen – heißt das, am Ende des Tages haben wir hier ein Minus von € 65,--, das diese Familie zu bewältigen hat. Ich habe sie vor drei Wochen besucht, weil er mich vor einem Monat angesprochen hat, ob ich nicht einmal vorbeikommen kann – er kennt mich noch, weil er mit meiner Tochter in die Schule gegangen ist. Ich bin dann hingefahren, die Einrichtung in der Mietwohnung sehr bescheiden, sage ich ehrlich. Beide haben mir gesagt, sie haben immer freiheitlich gewählt, außer bei der letzten Landtagswahl, da haben sie die SPÖ gewählt. *(Vorsitzender: Eine Minute!)* Alle beide haben die SPÖ gewählt mit der Begründung, dass Ihnen von der SPÖ im Wahlkampf versichert worden ist, das Leben für die Familien wird leistbarer werden. Darunter auch die versprochene Mietensenkung von circa € 100,--. Tatsache ist, inzwischen zahlen sie um € 80,-- mehr. Sie sind maßlos enttäuscht und sie haben mir gesagt, sie werden der SPÖ bei der nächsten Wahl die Rechnung präsentieren. *(Beifall von der F-Fraktion und vom BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der SPÖ-Abgeordnete Bürgermeister Klaus Köchl. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt auch sehr aufmerksam zugehört und habe feststellen müssen, dass Vertreter der freiheitlichen Partei, ob das jetzt das BZÖ oder die Ur-Freiheitlichen sind, sich heute hier herausstellen und über die Armut reden und wenn die gleiche Freiheitliche Partei in Österreich, angefangen von Strache bis zu Hofer, bis herunter, die Mindestsicherung bekämpft, da frage ich mich, ihr seid ja komplett auf einem falschen Fleck, denn die Mindestsicherung ist das, *(Es erfolgen lautstarke Unmutsäußerungen aus der F-Fraktion und vom BZÖ.)* muss ich euch ganz ehrlich sagen, was das Not-

wendigste überhaupt ist, damit sie sich Mieten leisten können, egal, wie diese Mieten sind! Ihr nehmt diesen armen Menschen dieses Geld auch noch weg! *(Abg. Mag. Leyrouz: Das ist Unsinn!)* Trettenbrein, und du zählst noch auf, dass Leute mit € 1.400,-- dann wenigstens noch ein Dach über dem Kopf haben! Aber was bewegt die freiheitliche Partei oder welche Gedanken hat sie, diese heimatverbundene Partei, wenn sie heute über Mietpreissenkungsprogramme in Kärnten redet, wenn wirklich die freiheitliche Partei, nämlich angefangen beim Herrn ÖVP-Obmann Grasser, der dann zu den Freiheitlichen gewechselt hat, die BUWOG-Wohnungen in Kärnten verkauft hat? Sie waren nicht einmal so viel, dass sie damals eine Grundsteuer dafür gezahlt haben! Da sind sie hergegangen und haben das dann verkauft und heute – das hat der Herr Korak richtig erkannt – müssen Sozialdemokraten einschreiten, um das Ganze zu bewerkstelligen, *(Abg. Korak: Das ist aber der einzige Lichtblick in der SPÖ! Das weißt du selber, das ist der einzige Lichtblick in der SPÖ!)* damit man nicht 80 Prozent Mieterhöhungen hat. Und wir haben uns nicht in der Hängematte herumliegen lassen, wie es die Freiheitlichen in den letzten drei Jahren gemacht haben, um vielleicht nur darüber nachzudenken, wie man den Ragger wegbekommt, sondern wir haben wirklich die HETA-Lösung zu lösen gehabt, meine Herren von der freiheitlichen Partei, was nicht einfach war in den letzten zwei Jahren. Wir haben das hervorragend gelöst und wir werden auch das Wohnungs- und Mietenproblem mit einem neuen Gesetz hervorragend lösen! Dafür werden der Herr Landeshauptmann und seine Stellvertreterin und das gesamte SPÖ-Team und diese Koalition auch sorgen! Privatwohnungen sind durch eure Maßnahmen, durch diese Wohnungen ausgestiegen. Die AK hat auch festgestellt, dass dadurch die Kosten immer mehr gestiegen sind. Das war euer Ziel, die Genossenschaftswohnungen und öffentliche Einrichtungen hintan zu stellen und Geschäfte zu machen. Wir haben Gesetze einzuhalten und als Sozialdemokraten haben wir das gemacht. Wir haben Laufzeiten bei Wohnbauförderungsdarlehen verlängert, um wenigstens keine Erhöhungen zusammenzubringen, was 6.000 Wohnungen in Kärnten betrifft. Wir haben intensive Gespräche unter der Führung von Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig mit den Gesellschaften geführt, um die Erhaltungs- und Ver-

**Köchel**

besserungsbeiträge nicht ganz auszureizen, wie es das österreichische Gesetz zulässt. Bisher haben wir € 1,71 pro Quadratmeter gehabt, das Bundesgesetz lässt zwei Euro pro Quadratmeter zu. In Kärnten sind ab 1.1.2017 maximal € 1,77 erlaubt, geschätzte Damen und Herren, und das, glaube ich, ist ein Erfolg. Und das neue Wohnbaugesetz wird ähnlich sein. Wir werden uns das für unsere Kärntnerinnen und Kärntner genau anschauen. Und wir haben auch, was die Bauwirtschaft betrifft, ein Ankurbelungsprogramm gemacht. Wir bauen von 2014 bis 2016 2.211 neue Mietwohnungen, (*Zuruf aus der F-Fraktion: Wo denn?*) das ist etwas ganz Tolles. Und das Wohnbauprogramm 2017 und 2018 setzt noch einmal 1.180 neue Mietwohnungen voraus, das ist ein Gesamtbauvolumen von rund 90 Millionen Euro. Das ist keine Selbstverständlichkeit und ich glaube, das sind Dinge, die wir letztendlich als Sozialdemokraten dazu beitragen. Wir haben von euch eine große Belastung übernommen. Lasst uns bitte die Zeit, wir werden auch das regeln! Keine Kärntner Familie wird wegen der Mietkosten letztendlich, (*Vorsitzender: Eine Minute!*) wenn wir das Ganze wirklich sozial – und das werden wir sozial machen – machen, sozialdemokratisch wählen, aber die Kärntnerinnen und Kärntner haben Sie vor ein paar Jahren von 42 Prozent auf 16 Prozent heruntergewählt und sie haben sehr gut daran getan! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete der ÖVP, Bürgermeister Herbert Gaggl. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Herr Landesrat! Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Hause! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause an den Geräten! Leistbarer Wohnraum, günstige Mieten, leistbares Wohnen in würdigem Rahmen – das steht heute zur Diskussion. Und mit gegenseitigen Vorwürfen, der eine hat das, der andere hat das,

wird die Wohnung, die Miete nicht um einen Cent billiger. (*3. Präs. Lobnig: So schaut's aus!*) Das Einzige, das wir tun können, ist, gemeinsam daran zu arbeiten, dass wir die Rahmenbedingungen verbessern, dass es in Wahrheit mehr Wohnraum gibt, dass günstiger gebaut werden kann.

Wenn günstiger gebaut werden kann, gibt es günstigeres Wohnen, die Mieten werden günstiger, und wenn die Auflagen nicht so hoch sind, werden auch die Betriebskosten etwas günstiger. Das schaffen wir nur gemeinsam, egal, wer wem irgendwelche Vorwürfe macht oder wer wen warum gewählt hat, gemessen werden wir an den Tatsachen! Ein Spruch: „Der eine wartet, bis die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt.“ Ich denke, wir sollten gemeinsam handeln. Die derzeitigen Bedingungen und Auflagen schaffen höhere Mieten, höhere Betriebskosten und höhere Baukosten. Viele, die da herinnen reden und sagen, es muss günstiger sein, verlangen in anderen Gesetzen wiederum Auflagen und Qualitätsverbesserungen. Dann wundert man sich, dass die Miete unter dem Strich höher wird! Mehr Wohnbeihilfe, meine Damen und Herren, ist nicht die Lösung! Teure Wohnungen zu bauen und dann sozusagen die Mieter durch Wohnbeihilfe zu unterstützen, damit sie sich diese Wohnungen überhaupt leisten können, ist, glaube ich, auch nicht der Weg der Weisheit! Mehr Wohnraum wird auch dazu genützt werden, dass sich die Mieten automatisch senken. Konkurrenz auf dem Markt ist die beste Lösung. Die ÖVP hat bereits im Jahr 2014 einen Antrag und eine Klausur gemacht über günstigeres, kreatives Wohnen. Ich denke, wir sollten Anreize schaffen. Anreize, indem wir die Rahmenbedingungen ändern, die Richtlinien unbürokratisch machen, Nutzen für diejenigen schaffen, die das Eigenheim, also Eigentum schaffen und für jene, die Wohnungen im sozialen Bereich bauen. Vor Jahren hat das Verhältnis Betriebskosten zu Miete 30 : 70 Prozent ausgemacht, heute macht es 50 : 50 aus. Da stimmt doch etwas nicht! Dann wird oft gesagt, die Gemeinden sind die Preistreiber. Die Gemeinden haben die Auflagen zu erfüllen für Kanal, für Wasser, für Müll. Nehmen wir das ALSAG und die ganzen Dinge her. Da heißt es dann, das ist umzulegen auf die Mieten, nicht mehr und nicht weniger! Deswegen müssen wir bei der Gesetzgebung darauf Rücksicht nehmen, was schreiben wir ins

**Gaggl**

Gesetz hinein, was hat Folgewirkungen, dann werden wir auch sehen, was das für Auswirkungen beim Bauen hat. Vom Reden ins Tun kommen, das ist das Wesentliche! Der soziale Wohnbau muss ein sozialer Wohnbau sein! Da gibt es kein Fünf-Sterne-Hotel, sondern einen sozialen Wohnbau, den sich die Menschen auch leisten können, der qualitativ ist, aber leistbar! Eine Warmmiete darf im Wesentlichen nicht mehr als sieben Euro ausmachen! Warm, komplett, mit allem Drum und Dran! Daran müssen wir gemeinsam arbeiten! Deswegen: Durchforsten der Wohnbauförderungsrichtlinien, modern und bürgerfreundlich machen, die Reduzierung der Auflagen, die Bürokratie in dem Bereich abschaffen, die Verwaltung minimieren und die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel (*Vorsitzender: Noch eine Minute!*) ganz klar festschreiben! Mehr Wohnraum ohne Qualitätsverlust ist damit schaffbar, ist auch finanzierbar. Wenn wir gemeinsam daran arbeiten und nicht gegeneinander, nicht Aufrechnen, wer was wann falsch gemacht hat, sondern wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dann werden wir vom Reden ins Tun kommen. Dann wird der Spruch Wahrheit werden: „Der eine wartet, bis die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt.“ Packen wir es gemeinsam an! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Reinhard Lebersorger. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe der Debatte bis jetzt sehr aufmerksam zugehört. Ein Mietensenkungsprogramm habe ich nicht gehört. Offensichtlich ist es wirklich schwierig, ein Mietensenkungsprogramm auf die Beine zu stellen. An konkreten Vorschlägen mangelt es mir ein bisschen. Von Seiten der FPÖ habe ich gehört, wir sollten das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz verändern. Vom Herrn Prof. Prash habe ich gehört, mehr privates Geld für Wohnbau. Aber viele andere Vorschläge

habe ich von hier nicht gehört. Tatsächlich ist es wirklich schwierig, hier Maßnahmen zu setzen. Wir haben ein sehr komplexes System in Österreich, was den Wohnbau betrifft. Wir haben die Wohnbauförderung des Landes. Wir haben die Wohnungsbeihilfen. Wir haben die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften. Wir haben die Bausparkassen. Wir haben das Wohnungsrecht mit den gesamten Mietbegrenzungen. Dann haben wir noch den freien Wohnungsmarkt, also ein sehr komplexes System. Ich denke, wir müssen bei vielen Punkten ansetzen, wenn wir Erfolg haben wollen. Ich glaube, das eine Erfolgsrezept gibt es in dieser Sache nicht.

Bei der Wohnbauförderung haben wir zuletzt einen Rechnungshofbericht bekommen, der uns einige Schwachpunkte im derzeitigen System aufzeigt. Ich glaube, daran sollten wir arbeiten. Die Abschaffung der vorzeitigen Rückzahlung von Wohnbaudarlehen ist geplant. Das ist sicherlich sehr richtig. Dass wir keine Wohnbauförderungen mehr verkaufen an Banken, ich glaube, das steht auch außer Zweifel. Wir sollten uns auch überlegen, wie wir den Verwaltungsaufwand für die Wohnbauförderung eventuell reduzieren können. Es ist schon öfter gesagt worden, dass die Wohnbauförderung nicht in dem Ausmaß in Anspruch genommen wird, wie gewünscht, was mit den Zinsen zusammenhängt. Da wäre die Frage, ob wir nicht mit einem einmaligen Zuschuss genau den gleichen oder sogar einen besseren Förderungseffekt erzielen und gleichzeitig die Bürokratie eindämmen könnten, weil Wohnbauförderungsdarlehen ja über einen langen Zeitraum verwaltet werden müssen. Bei der Wohnbeihilfe würde ich sagen, es wäre gut, wenn wir die Anpassungen in die Richtlinien hineinnehmen, damit wir die Wohnbeihilfe immer relativ unbürokratisch und zeitnah an die Situationen anpassen könnten. Ich denke, dass das auch so geplant ist, ich weiß es nicht, aber ich würde das vorschlagen.

Ein wichtiger Pfeiler für mich sind die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften. Die sind sozusagen ein Gegengewicht zu diesem staatlich organisierten Wohnbau, weil sie sich privat, autonom organisieren und dadurch die Effizienz in dieser Wohnungsbereitstellung gegeben ist. Sie erfüllen darüber hinaus eben einen gemeinwirtschaftlichen Zweck und sie bieten ein gleichbleibendes Angebot an Wohnungen. Dieses gleichbleibende Angebot sollten wir meiner

**Dr. Lebersorger**

Meinung nach noch stärken, weil, wie schon gesagt worden ist, ein stärkeres Angebot an Wohnungen senkt auch die Mieten. Das ist vielleicht ein wichtiger Ansatzpunkt für Mietensenkung. Außerdem unterliegen die Wohnbaugesellschaften einer äußeren Revision und einer öffentlichen Beaufsichtigung. Das System der Bausparkassen, das sehr wichtig ist für die Finanzierung des Wohnbaus, ist auf jeden Fall beizubehalten. Wir finanzieren damit 20 bis 50 Prozent von Wohnbauten über diese Spezialbanken und wir koppeln uns damit vom internationalen Kapitalmarkt ab.

Auf dem freien Wohnungsmarkt, da gebe ich meinem Kollegen recht, müssen wir schauen, dass wir die bürokratischen (*Vorsitzender: Noch eine Minute!*) Maßnahmen vermindern. Gut! Dann muss ich noch ein paar Maßnahmen sagen, wenn ich nur mehr eine Minute habe: Ausreichende Förderung, dass es ein höheres Angebot gibt, mehr Wettbewerb bei den Bauunternehmen. Die Preise sind stärker gestiegen als die Kosten. Das heißt, hier fehlt es vielleicht an Wettbewerb. Wir sollten die thermische Sanierung soweit vorantreiben, dass wir damit tatsächlich Kosteneinsparungen für die Leute bewerkstelligen und wir sollten schauen, wie wir die Leerstände auf den Markt bringen. Erst einmal durch Information, zweitens gäbe es die Möglichkeit, dass die Kommunen leerstehende Wohnungen anmieten, den Eigentümern einen bestimmten Mietpreis anbieten, also dass die Gemeinden für die Vermietung selber Sorge tragen. Wenn das alles nicht reicht, ist natürlich über die Leerstandabgaben und über Zweitwohnsitzabgaben auch noch einmal zu reden. Das war es in Kürze. Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete der Freiheitlichen, Bürgermeister Pirolt. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Der „Oberlehrer Seiser“ hat ja vorhin schon von einigen erfolgrei-

chen Programmen gesprochen. Aber da verhält es sich wohl ähnlich wie mit dem „Ederer-Tausender“, das Geld ist noch nie beim Mieter oder beim Bürger angekommen. (*Einwand von Abg. Seiser.*) Und Kollege Hueter, du hast von Dummheit gesprochen: Na ja, vermutlich hast du auch dich selber und deine Fraktion oder auch die Roten gemeint, weil der Jörg Haider hatte nie alleine die Befugnis, diese Darlehen zu verkaufen! (*Abg. Seiser: Hör‘ endlich einmal auf!*) Aber dass man vielleicht einmal einen kausalen Zusammenhang herstellen kann, das finde ich schon hochinteressant, einerseits zwischen Budget und Mietpreisen. Das ist durchaus auch ein bisschen verwegen, denn das eine hat mit dem anderen in Wahrheit nichts zu tun! Da vergleicht man vor allem Äpfel mit Birnen, denn das Budget – (*Zwischenruf von Abg. Seiser.*) Herr Seiser, hör‘ einmal zu, bleib‘ ruhig drinnen sitzen und höre einfach einmal zu! – das wir heute vorgestellt bekommen, hat überhaupt nichts mit den Mietpreisen zu tun, (*Wiederum Zwischenruf von Abg. Seiser.*) denn diese resultieren aus der Vergangenheit heraus, als wir damals Darlehenskosten von rund sechs Prozent hatten. Das wirst du ja hoffentlich wissen! Ich hoffe, dass die Wohnbaugenossenschaften in der Zwischenzeit in der Lage waren, diese Verträge, die Zinsverträge nachzuverhandeln und heute auf ein reduziertes Niveau zu bringen! In Straßburg haben wir es jedenfalls gemacht, Wasser und Kanal zweimal nachverhandelt, und wir haben uns dabei fünf Prozent an Zinsen erspart! Da muss man halt eine Pönale zahlen, aber dann hat man geringere Kosten – für den Bürger insgesamt eine Ersparnis. Ich weiß nicht, ob das bei den Wohnbaugenossenschaften jemals geschehen ist. Es interessiert sie vermutlich auch nicht, weil sie es ja nicht bezahlen müssen.

Eines ist wohl klar, weil der Kollege Köchl gemeint hat, na ja, es werden in Kärnten heute so und so viele Wohnungen errichtet, 2000, oder ich weiß nicht, wie hoch die Zahl ist: Ich spüre im ländlichen Raum jedenfalls nichts. Die Wohnungen werden in Klagenfurt, in Villach, in Spittal, in St. Veit und sonst wo gebaut, aber nie mehr in den kleinen Gemeinden! Denn da würde ich meinen, es wäre ja gescheiter, wenn die Bevölkerung schon sinkt, dann bauen wir nicht noch zusätzlich neue Wohnungen! Wir haben genug alte, leerstehende Wohnungen zur Verfügung, die wir sanieren und auf einen zeitgemä-



## Pirolt

ßen Stand bringen könnten. Das wäre einer der Punkte. Dann gibt es noch den Punkt: Die Mieten abgekoppelt von den Betriebskosten, weil die Betriebskosten den Menschen auch weh tun. Jetzt sagen Sie immer, die Gemeinden sind die Treiber. Jetzt sage ich euch eines: Das Wasser kostet den Mieter wesentlich weniger als die Stiegenhaus-Reinigung, das Rasenmähen und der Winterdienst. Damit wir das auch einmal verstehen! Nur, vor zehn Jahren hat es dort einen gegeben, der hat ein bisschen mietreduziert wohnen können und er hat das selber gemacht, ohne dass man ihn anmelden hat müssen und Ähnliches. Dann hat man die Gesetze geändert. Heute muss jeder Mitarbeiter oder die Firma, die das macht, das quasi zu Vollkosten umlegen, das geht nicht anders.

Das Nächste ist – und da bin ich jetzt schon bei mir in Straßburg: Irgendetwas kann bei den Wohnbaugenossenschaften nicht stimmen. Wir haben einen Mietpreis von € 1,67 bei einer Stadtwohnung, die wir zu diesem Preis vermieten. Die Wohnbaugenossenschaften in Straßburg liegen zwischen € 3,60 und € 4,07 oder eh da beim durchschnittlichen Mietpreis in Kärnten. Wenn ein Mieter bei der Wohnbaugenossenschaft anruft und irgendeinen Mangel darstellt, dann heißt es immer, es ist kein Geld da. *(Vorsitzender: Noch eine Minute!)* In Straßburg bei unseren eigenen Wohnungen ist es aber folgendermaßen: Bei der geringen Miete sind wir in der Lage, die Außenhaut zu sanieren. Wir sind in der Lage, alles Thermische zu machen, neue Heizungen einzubauen und es ist immer Geld da. Da frage ich mich, wo das hinkommt! Eines möchte ich vielleicht noch sagen: Ich war heuer in Norwegen. Da würde man bei uns vielleicht einmal darüber nachdenken können, ob man unser System der Wohnbauförderung nicht vielleicht überdenkt und versucht, für den einzelnen Bürger, für den einzelnen Mieter grundsätzlich Volksvermögen zu schaffen, dass er nämlich selber im vollen Umfang in die Konditionen kommt, um für sich selber Eigentum zu schaffen! Das passiert in Norwegen, ich möchte fast sagen, in 90 Prozent der Fälle. Das stärkt das Volksvermögen, das stärkt aber auch am Ende die Verantwortung und das Verantwortungsbewusstsein der Mieter selber und der Menschen vor Ort. Ich glaube, da müssten wir kleinweise hinkommen, denn das, was wir heute machen *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)*

mit Mietzuschüssen, das hilft nämlich genau den Wohnbaugenossenschaften, dass sie keinen Druck haben, mit den Mietpreisen herunterzugehen! *(Beifall von der F-Fraktion, vom BZÖ, vom Team Kärnten und von Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als letzte Rednerin zu Wort gemeldet ist die zuständige Wohnbaureferentin, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig. Ich erteile ihr das Wort!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzter Herr Regierungskollege! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte mich für die Auswahl des Themas der Aktuellen Stunde bedanken!

Auch wenn es nicht abgestimmt war, es ist der optimale Zeitpunkt, weil wir mitten in den Abschlussarbeiten zu einem neuen Wohnbauförderungsgesetz sind. Und die heutige Debatte hat gezeigt, dass Wohnen ein Thema ist, das alle bewegt und dass wir neue Rahmenbedingungen im Wohnbauförderungsgesetz brauchen. Wir haben eine gute Ausgangsbasis. In Kärnten beträgt die durchschnittliche Miete € 5,71 pro Quadratmeter, österreichweit € 7,14. Bei den gemeinnützigen Bauvereinigungen, die eine unverzichtbare Größe im sozialen Wohnbau sind, beläuft sich die Miete auf € 5,20 pro Quadratmeter, bei den Privaten auf € 6,60. Zu den Ausführungen von Hartmut Prasch – wir haben in Kärnten aufgrund der Bestimmungen des Mietzinsgesetzes so gut wie keine Wohnungen, die einer Mietzinsobergrenze unterliegen und ich sehe es skeptisch, dass der private Mietwohnungsmarkt zu günstigeren Mieten führen würde. Wir haben eine solide Vorbereitung für dieses Gesetz. Bereits Ende 2014 wurde von der Wohnbauförderungsabteilung eine Studie zur Wohnbauförderung in Kärnten in Auftrag gegeben, die die derzeitige Wohnbauförderung beleuchtet hat, die Effizienzen evaluiert und Vorschläge gemacht hat, wie eine hinkünftige Neugestaltung aussehen soll. Die Vorarbeiten zum Wohnbauförderungsgesetz wurden dann im Jahr

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

2015 gestartet. Zu dem Zeitpunkt, wo uns bekannt geworden ist, dass der Rechnungshof den Bereich der Wohnbauförderung überprüft, haben wir die Endredigierung des Gesetzes ausgesetzt, um darauf zu warten, welche Vorschläge noch von Seiten des Rechnungshofes kommen, um diese umzusetzen.

Neben dieser Erstellung des neuen Wohnbauförderungsgesetzes – zu den Schwerpunkten komme ich noch kurz – haben wir auch bereits Einiges umgesetzt. Wir haben die Wohnbeihilfe, nämlich den anrechenbaren Wohnaufwand schon 2013 erhöht. Im Wahlkampf versprochen – unverzüglich umgesetzt! Wir haben mit der Beschlussfassung im Jahr 2013 verhindert, dass die Kärntnerinnen und Kärntner zu einem Großteil für einen bestimmten Bereich der Wohnbauförderung eine Mieterhöhung von € 1,- pro Quadratmeter im nächsten Jahr bekommen hätten. Im Wahlkampf versprochen – und umgesetzt! Wir haben die Dotierung für die Wohnbeihilfe jedes Jahr erhöht und budgetär entsprechend ausgestaltet, um all jenen Mieterinnen und Mietern zu helfen, die über ein geringes Einkommen verfügen. Im Wahlkampf versprochen – und umgesetzt!

Wir sind jetzt dabei, ein neues Wohnbauförderungsgesetz zu schaffen, das auch den modernen Anforderungen unserer Gesellschaft Rechnung trägt. Im Rechnungshofbericht sind ein paar Punkte aufgeworfen, die ich vollinhaltlich teilen kann. Zum Einen: Das bestehende Wohnbauförderungsgesetz wurde so oft novelliert, dass es jemand, der keine juristische Fachausbildung hat, nicht mehr lesen kann. Das heißt, wir brauchen keine Novelle, sondern wir brauchen ein neues, leicht lesbares Wohnbauförderungsgesetz. Und da ein großes Danke an Frau Mag. Fritzl – die heute auch hier ist – und ihre Abteilung! Ich glaube, das ist einer der innovativsten Bereiche in der gesamten Landesverwaltung mit neuen Ideen, einem frischen Wind und rasch in der Umsetzung. Ein herzliches Dankeschön an Sie! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Wir brauchen mehr Flexibilität, weil derzeit viele Dinge detailliert im Wohnbauförderungsgesetz geregelt sind und jede Veränderung eine Gesetzesnovelle mit dem entsprechenden Vorlauf nach sich zieht. Wir brauchen die Flexibilität, damit wir uns rascher an geänderte Zinskonditionen anpassen können. Es ist richtig, die

Zinskonditionen der Wohnbauförderung sind derzeit weit vom Kapitalmarkt weg. Aber genau aus dem Grund, weil wir zur Anpassung eine gesetzliche Regelung bräuchten und eine Gesetzesänderung zu lange braucht. Hier brauchen wir hinkünftig die Freiheit einer Verordnung, um rasch und flexibel reagieren zu können. Es ist richtig, der Bereich der Wohnbauförderung müsste ebenfalls neuerlich angepasst werden. Auch im Gesetz geregelt, zu wenig Flexibilität – gehört in eine Verordnungsermächtigung. *(Vorsitzender: Eine Minute!)*

Wir brauchen neue Wege für neue Wohnformen. Mit Beate Prettnner haben wir uns gemeinschaftlich über betreute Wohnformen Gedanken gemacht, aber leider können wir auf der Grundlage des bestehenden Gesetzes notwendige Gemeinschaftsräume nicht finanzieren. Und das führt dazu, dass für Mieterinnen und Mieter der Wohnraum dann teurer wird. Also auch hier brauchen wir eine Flexibilisierung des Gesetzes, das auf neue gesellschaftliche Anforderungen auch entsprechend Rücksicht nimmt.

Wir brauchen mehr Geld für die Sanierung, für Reconstructing, für Barrierefreiheit und ökologische Umbaumaßnahmen. Auch hier bitte mehr Flexibilität mit Verordnungen, denn die Rahmenbedingungen ändern sich ständig. Und wir brauchen – ganz, ganz wichtig! – eine neue Mietzinsregelung für den geförderten Wohnbau, wo sich die Mieten über die gesamte Nutzungsdauer gleichmäßig entwickeln und nicht Sprünge im zehnten, im einundzwanzigsten Jahr abgebildet sind, die mit der Einkommensentwicklung der Bevölkerung nicht mehr übereinstimmen.

Wir haben das Eigenmitteldarlehen neu geregelt. Förderungen für zu leistende Baukostenzuschüsse *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!)* sollen hinkünftig nicht nur bei Erstvermietung, sondern auch bei Neuvermietungen zur Anwendung kommen. Und ich glaube, wir alle bekennen uns dazu, kein Verkauf von Wohnbaugesellschaften und kein Verkauf von Wohnbauförderungsdarlehen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Das neue Gesetz wird auch eines festschreiben, das wir ohnedies schon praktizieren – wir geben mehr Geld für die Wohnbauförderung aus, als wir aus den Wohnbauförderungsbeiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einheben. Und auch das wird so bleiben. Nach der heutigen

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Debatte bin ich mir sicher, dass es im Kärntner Landtag eine einstimmige Beschlussfassung geben wird! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir um 15.21 Uhr die Aktuelle Stunde von der Rednerinnen- und Rednerliste her erschöpft und das Thema vorläufig besprochen. Ich darf Sie nun bitten, sich für eine Gedenkminute für ein ehemaliges Mitglied des Hohen Hauses von Ihren Sitzen zu erheben! *(Alle im Plenarsaal Anwesenden erheben sich.)*

Am 9. November 2016 ist Altbürgermeister und Abgeordneter a. D. Johann Ogris senior im 89. Lebensjahr verstorben. Mit Johann Ogris verlieren wir einen großartigen Menschen und einen langjährigen, aufrichtigen, sozialdemokratischen und engagierten Politiker, der sich in vielfältiger Weise für das Land und die Menschen verdient gemacht hat. Johann Ogris war jemand, der wie wenige andere die Wirrungen und Verwerfungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts miterleben musste. Mit ihm verlieren wir auch einen Zeitzeugen jener unseligen Ereignisse. Johann Ogris wurde als Vierzehnjähriger mit seinen Eltern 1942 als Angehöriger der slowenischen Volksgruppe in Kärnten von den Nazis nach Deutschland in verschiedene Zwangslager ausgesiedelt. Nach der Rückkehr im Jahr 1945 absolvierte er eine Kaufmannslehre und übernahm 1957 von seinem Vater die Gastwirtschaft und

1968 das Gemischtwarengeschäft in Ludmannsdorf. Johann Ogris hat sich in verschiedenen Organisationen und Funktionen wie zum Beispiel als Mitglied des Volksgruppenbeirates für die slowenische Volksgruppe in Kärnten engagiert. Seine politische Laufbahn begann er 1958 als Gemeinderat in Ludmannsdorf, wo er von 1970 bis 1990 auch das Amt des Bürgermeisters innehatte. Von 1970 bis 1975 war er auch Mitglied des Hohen Hauses im Kärntner Landtag. Er war darüber hinaus Kammerrat der Landwirtschaftskammer für Kärnten und jahrzehntelang auch Mitglied des Landesvorstandes der SPÖ-Bauern und des Landesausschusses des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes. Neben vielen weiteren Auszeichnungen wurde ihm 1975 das Goldene Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Erst Ende Juni dieses Jahres erhielt Johann Ogris eine weitere Auszeichnung – er wurde für sein Engagement für die Volksgruppe in Kärnten mit dem Julius-Kugy-Preis ausgezeichnet. Wir werden unseren „Ogi“, wie er von vielen liebevoll genannt wurde, wie er von vielen auch als guter Gastgeber und Wirt geschätzt wurde, der einem immer mit einem offenen Herzen begegnet ist, in ehrendem Gedenken bewahren! *(Es folgt eine Schweigeminute.)* Danke!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in der Präsidiale vereinbart haben, dass wir heute keine Dringlichkeitsanträge und Dringlichkeitsanfragen von den einzelnen Klubs einbringen.

## Tagesordnung

Daher kommen wir zum Tagesordnungspunkt der heutigen Landtagssitzung:

### **Ldtgs.Zl. 177-57/31:**

**Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2017 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten und der Landeslehrer 2017, Bericht und An-**

**trag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2017 erteilt werden sowie Antrag der Landesregierung zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und eines geänderten Budgetprogrammes für die Jahre 2014 – 2018 (3. Änderung) gem. Art. 61 Abs. 1 K-LVG und Budgetvorschau 2019 und 2020**

**Ing. Rohr****Einbegleitung durch die Landesfinanzreferentin, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut**

Ich darf Sie nun bitten, einer guten Tradition des Hauses folgend, vom Rednerpult aus Ihre Ausführungen zu diesen von mir genannten Materien zu tätigen! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Sie sind am Wort!

**Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut (SPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungskollegen! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Vorbereitung auf die Budgetrede für den Landesvoranschlag 2017 hat sich ganz wesentlich von den Vorbereitungen der Vorjahre unterschieden.

Die Budgetrede für den Landesvoranschlag 2013 war geprägt von den schwierigen Erbschaften, die wir angetreten sind. Nach der Erstellung des Kassasturzes und der Erkenntnis, dass die wahre Verschuldung unseres Landes noch weitaus höher ist, als wir es ursprünglich angenommen haben und die Vorgängerregierung noch unmittelbar, bevor die Wahl erfolgt ist, zahllose Verträge mit längerfristiger Wirkungsdauer abgeschlossen und risikoreiche Finanzierungsformen verlängert hat, habe ich es zutiefst bedauert, dass in politischer Verantwortung keine bedingte Erberklärung abgegeben werden kann, die das Risiko der Schuldenhaftung beschränkt.

Der Landesvoranschlag 2014 war geprägt von rasch umzusetzenden Einsparungspotentialen, vom Start eines längerdauernden Konsolidierungskurses. Die Werbeausgaben und Werbebesuche der Vergangenheit haben wir nicht fortgesetzt und die haben mehrere Millionen Euro im Jahr erreicht. Wirkungslose Einmalzahlungen, die in feudalherrschaftlicher Manier verteilt worden sind, Selbstbeweihräucherungsereignisse im Kulturbereich oder zigfache Neujahrsempfänge wurden gestrichen. Die Parteien- und Klubförderung wurde gekürzt und die Nachbesetzung im Personalbereich der öffentlichen Verwaltung ist nur mehr bei jeder dritten Planstelle erfolgt. Wir haben Budgettransparenz großgeschrieben und im Sachaufwand versteckte Planstellen ord-

nungsgemäß dort angeführt, wo sie auch hingehören. Und wir sind dort, wo es möglich war, unverzüglich aus risikoreichen Finanzierungsformen ausgestiegen und wo dies nicht möglich war, haben wir ein entsprechendes Ausstiegsszenario festgelegt. Im nächsten Jahr werden wir aus der letzten risikoreichen Finanzierung des Landes, aus einem Fremdwährungskredit aussteigen. Das ist sozusagen ein Schlussstrich unter eine Art der Finanzierung, die unsere Vorgänger gewählt haben und wir haben in Kärnten damit keine einzige Fremdwährungsfinanzierung mehr in unserem Landeshaushalt, wir haben keine derivativen Rechtsgeschäfte, wir haben keine SWAPs und wir finanzieren hinkünftig absolut risikoavers.

Im Jahr 2015 kam es zu unerwarteten Einnahmehausfällen, die HETA-Bedrohung verdichtete sich, Flüchtlinge, die mit nichts als ihrem nackten Leben in unser Land kamen, stellten uns vor neue Herausforderungen und der HCB-Fonds zur Unterstützung des Görtzschitztales musste dotiert werden.

Vor ziemlich genau einem Jahr hielt ich die Rede zum Landesvoranschlag 2016. In dieser Rede dominierte das Thema HETA, die Ansprüche und die Bedrohungen durch die Gläubiger, die Ungewissheit, in der wir budgetieren mussten, ob wir ein Budget überhaupt noch eigenverantwortlich vollziehen können oder ob ein Masseverwalter darüber bestimmt, welche Ausgaben noch getätigt werden und welche nicht. Heute vor einem Jahr hatte Kärnten ein Rating von B3. Das stellte uns auf die Stufe von Kongo, Moldawien, Ghana, Sambia oder El Salvador. Der Unterschied – wir hatten den outlook negativ, diese Staaten hatten den outlook stable.

Der Finanzmarkt stufte Finanzierungen für das Land Kärnten als hochspekulativ ein, sozusagen Ramschniveau, eine Finanzierung auf diese Art und Weise war für uns völlig unmöglich.

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wiesen negative Vorzeichen auf und die Aussage unseres Landeshauptmannes, dass es sein Bestreben ist, dass er die Beschäftigtenanzahl über 200.000 im Jahresschnitt erreichen möchte, wurde von vielen als utopisch bezeichnet.

Heute stehe ich hier für den Landesvoranschlag 2017 und die Voraussetzungen haben sich wesentlich geändert. Die Frage der HETA-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Haftungen ist gelöst. Die erforderlichen Beiträge des Landes, das ist richtig, stellen uns sicher vor große Herausforderungen, aber wir können planen. Wir sind selbstbestimmt und das Bedrohungsszenario einer Lähmung über Jahre und Jahrzehnte infolge von langdauernden Prozessen ist gebannt. Das Rating von Kärnten beträgt A3, das heißt, high grade credit. Wir können es uns aussuchen, ob wir Kredite über die OeBFA oder über den Kapitalmarkt finanzieren. Wir haben den höchsten Beschäftigungsstand, den Kärnten jemals aufwies, gleichzeitig sinkt die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit. Wobei uns allen völlig klar ist, dass jeder und jede, die von Arbeitslosigkeit betroffen ist, eine/r zu viel ist und wir hier unsere Bemühungen keinesfalls einschränken dürfen.

Die Verhandlungen zum Finanzausgleich für die Jahre 2017 bis 2021 gingen ursprünglich von einem Verlustszenario von 100 Millionen Euro im Jahr für Kärnten aus. Insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens hätte dies zu dramatischen Einschnitten und Veränderungen geführt. Nach Abschluss des Finanzausgleiches können wir beruhigt feststellen, dass wir dieses Bedrohungsszenario abgewendet haben, viel mehr noch, 10 Millionen Euro mehr an Einnahmen in den nächsten Jahren bis zum Jahr 2021 einplanen können.

Mein Fazit: Wir haben erfolgreich Vieles vom Schutt der Vergangenheit weggeräumt. Wir haben die brauchbaren Teile weiterverwendet, die Architektur modernisiert und verschlankt und dort ausgebaut, wo es erforderlich ist. Seit 2013 setzen wir unter schwierigsten Bedingungen das Prinzip des intelligenten Sparens konsequent um, was dazu führt, dass wir unser Budget schrittweise konsolidieren, aber dort investieren, wo es für die Zukunft Kärntens notwendig ist. Wir haben die für die wirtschaftliche Existenz unseres Landes bedrohenden Haftungen abgewendet und dennoch Zukunftsperspektiven eröffnet.

Der beschriebene Weg, der jetzt so kurz und einfach klingt, der war es nicht. Ich habe in den letzten Tagen – gerade beim Verfassen dieser Rede – viel darüber nachgedacht, wie es eigentlich möglich war, das alles zu schaffen. Und die Antwort ist letztendlich einfach – es ist Ehrlichkeit. Die Ehrlichkeit untereinander als politisch Verantwortliche gegenüber der Bevölkerung,

auch wenn manche Botschaften nicht unbedingt angenehm sind, gegenüber den Partnern im Land und auf Bundesebene. Damit haben wir das Wichtigste, was es überhaupt gibt, zurückgewonnen – nämlich Vertrauen! Von diesem Vertrauen waren auch die Budgetgespräche für den Landesvoranschlag 2017 geprägt. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, denn wir konnten ja eigentlich erst nach dem 10. Oktober mit der Budgetfertigstellung beginnen, war die Budgeterstellung so rasch wie noch nie in dieser Legislaturperiode möglich. Wir haben uns wie üblich in Klausuren mit den Ausgabenobergrenzen und Einnahmenuntergrenzen befasst und wir sind ein eingespieltes Team. Wir haben Vertrauen zueinander. Die Tatsache, dass jeder und jede sich mit den Rahmenbedingungen intensiv auseinandersetzt, hat dazu geführt, dass der Weg zwischen verständlichen Wünschen und machbaren Umsetzungsschritten sehr rasch gefunden werden konnte.

Ich bedanke mich bei unserem Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser, der das große Ganze nie aus den Augen verliert und immer die gemeinsame Zielsetzung eines weltoffenen Kärnten mit den besten Bildungschancen für alle Kinder, kultureller Vielfalt, intakter Umwelt und eines für Investitionen Mut machenden Klimas vor Augen führt! Danke, in schwierigen Zeiten erkennt man einen guten Steuermann! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Bei meiner Regierungskollegin und den Kollegen der Zukunftscoalition für das Zusammenstehen in schwierigen Zeiten und für das gegenseitige Lernen! Es ist schön, dass wir jetzt gemeinsam das erste Budget, befreit von den Unsicherheiten der letzten Jahre, mit wirklich schönen Schwerpunkten gestalten können! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Ich bedanke mich aber auch bei Landesrat Köfer und Landesrat Darmann für die fairen Budgetgespräche und – auch das unterscheidet diese Regierung von Vorgängerregierungen – das Anerkenntnis, dass auch berechtigten budgetären Anliegen von Nicht-Koalitionsmitgliedern im Rahmen des Möglichen Rechnung getragen wird! Ich bedanke mich auch beim Herrn Abgeordneten Staudacher, der heute die Regierungssitzung wahrgenommen hat, für die konstruktive

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Diskussion und die Anerkennung der Leistungen, die diese Regierung erbracht hat!

Ganz großartige Arbeit – und ohne ihn und sein Team wäre das alles nicht möglich gewesen – leistet Dr. Horst Felsner, ganz egal, ob HETA, Finanzausgleich, Neuordnung des Haushaltsrechtes, Budgetierung oder Budgetcontrolling, fachliche Kompetenz, Anerkennung nicht nur in Kärnten, sondern auch in den anderen Bundesländern und, das hat man beim Finanzausgleich gemerkt, Verlässlichkeit und unbeschreibliche Einsatzfreude zeichnet die Arbeit aus. Wenn Herr Dr. Felsner heute nicht anwesend sein kann, dann hat das den Grund, dass er schon wieder fleißig für Kärnten im Einsatz ist und im Infrastrukturbereich die nächsten Schritte setzt. Ein Dankeschön von dieser Stelle! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Im August 2016 durfte ich unseren Landeshauptmann zu Wirtschaftsgesprächen nach Berlin begleiten. Im Rahmen dieses Aufenthaltes wurde ein Besuch der Gedenkstätte Deutscher Widerstand vom österreichischen Botschafter organisiert. Aus den dort erhältlichen Dokumenten des Archives habe ich einen Text, und zwar einen Text des Kreisauer Kreises mitgenommen, der sich mit den Grundlagen der Staatslehre befasst hat. Dieser Kreis bildete sich im Jahr 1940 und organisierte mit Gleichgesinnten Zusammenkünfte vom Mai 1942 bis Juni 1943 mit dem Ziel, Gesellschaftsentwürfe für eine Nachkriegszeit zu erstellen, in düsteren Zeiten ein Ausblick auf eine gute Zukunft. Ein Text – die Erklärung über die Grundlagen der Staatslehre – hat mich sofort angesprochen. Er befasst sich mit den Beziehungen des Staates zum Einzelnen. Verkürzt und sinngemäß heißt es dort: „Es ist der Sinn des Staates, Menschen Freiheit zu verschaffen, jene Freiheit, die es ihnen ermöglicht, zu ihrer Verwirklichung beizutragen. Es ist die Aufgabe des Staates, durch die Verteilung der wirtschaftlichen Erträge allen die Beschaffung der notwendigen Lebensgüter zu ermöglichen und zu verhindern, dass Einzelne sich einen ungerechten Anteil an den überschüssigen Lebensgütern verschaffen und dass Einzelne oder viele die Möglichkeit zur bloßen Ablenkung und zur Herstellung von wirtschaftlichen Herrschaftsverhältnissen missbrauchen.“ Diese Zeilen, in den Jahren 1942/1943 formuliert, haben auch heute Gültigkeit. Die Aufgabe

des Staates und insbesondere der Budgetpolitik als Zuordnung finanzieller Mittel zur Umsetzung staatlicher Aufgaben ist es, die Lebensbedingungen der Menschen bestmöglich zu gestalten, jede Einzelne und jeden Einzelnen darin abzusichern für Unabwägbarkeiten des Lebens und das zu ermöglichen, was er/sie in ihrer/seiner Lebensplanung für sich selbst verwirklichen möchte.

Wer also im Landesvoranschlag 2017 Ansätze sucht, die dazu führen, dass große Teile der Bevölkerung leiden – Blut und Tränen fließen, dass Infrastrukturinvestitionen zurückgefahren werden und unser Land kaputt gespart wird, der wird vergeblich suchen. Sowohl die wirtschaftliche Praxis als auch internationale Studien, aber auch die wirtschaftlichen Kennzahlen belegen, dass reine Austeritätsmaßnahmen volkswirtschaftlich nicht sinnvoll sind. Es gibt keine überzeugenden wirtschaftlichen und moralischen Argumente gegen Sparmaßnahmen, die dazu führen, dass bei den Ärmsten der Armen gekürzt wird und Leistungen gestrichen werden, die die Bevölkerung braucht. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)* Allen, die sich mit diesem Thema gerne beschäftigen möchten, darf ich die Lektüre des Buches „Austerität – Politik der Sparsamkeit: Die kurze Geschichte eines großen Fehlers“ von Florian Schui ans Herz legen. Und allen, die „große Würfe“ für unumgänglich halten, darf ich ein chinesisches Sprichwort widergeben: „Der Mann, der den Berg abtrug, war derselbe, der anfing, kleine Steine wegzutragen.“

Wenn ich an die „großen Würfe“ vergangener Regierungen denke, dann sind diese entweder als Seifenblasen zerplatzt oder wir zahlen noch Jahre und Jahrzehnte für sie – die Seebühne, das Tibet-Hotel, die gekaufte Fußballmannschaft, die EURO und das Stadion, zahlreiche angekündigte Betriebsansiedelungen wie GOST in Feistritz, Styrian Spirit und das Hypo-Debakel. Die Aufzählung erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Gefragt ist deshalb in Kärnten – und gerade in Kärnten – eine rationale, risikoaverse, unaufgeregte und lösungsorientierte Politik, die zeigt, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben. Wir müssen dort die richtigen Handlungen setzen, wo Populisten die Menschen immer weiter verunsichern wollen. Eine Politik

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

umsetzen, die das Vertrauen der Kärntnerinnen und Kärntner auch verdient.

Wir planen nachhaltige Projekte, die zuerst geplant und umsetzungsreif gemacht und dann öffentlich präsentiert werden. Das ist eine Politik, die Vertrauen schafft: die Ansiedelung des Institutes Robotics des Joanneum Research, der Silicon Alps Cluster mit der Steiermark und mit den führenden Unternehmen beider Bundesländer, die Kooperation mit den Pioniers im Bereich der Startups, der Mobilitäts Masterplan, der schrittweise umgesetzt wird, – seriös geplant und in die Umsetzung gebracht. Ebenfalls die Aufzählung ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Und wie heißt es so schön: Um Veränderungen zu erreichen, muss jeder dort beginnen, wo er selbst gestalten kann. Und wir können das im Budget des Landes Kärnten.

Der Landesvoranschlag 2017 erfüllt mit Ausnahme der Schuldensenkung alle Vorgaben des österreichischen Stabilitätspaktes. Ein Ergebnis, ich glaube, das hätte sich vor kurzem noch niemand erwartet. Ich gebe ganz ehrlich zu, ich hatte auch meine Zweifel, ob wir das im Jahr 2017 wirklich schaffen würden.

Wir liegen beim sanktionsrelevanten Maastricht-Ergebnis bei minus € 6,6 Millionen. Die Vorgabe liegt bei minus € 26,17 Millionen. Das heißt, wir übererfüllen um fast 20 Millionen Euro und leisten wie in den Vorjahren einen wertvollen Beitrag im österreichischen Ergebnisbereich zur Erreichung des gesamtwirtschaftlichen Maastricht-Ergebnisses.

Wenn man jetzt die Einnahmen und Ausgaben des Landesvoranschlages darstellt – und das ist rechtlich so vorgegeben, dass wir hier den Vergleich 2016 zu 2017 darstellen müssen – so sehen wir, dass wir mehr Ausgaben von € 485 Millionen beziehungsweise 19,9 Prozent aufweisen. Das ist ein völlig verzerrtes Bild, weil in diesem Nettogebärungsüberschuss und -abgang die € 400 Millionen an Sondertilgungen durch die Auflösung des Sondervermögens für die HETA eingestellt sind und dies sowohl im Nettoüberhang als auch bei der Ausgabenentwicklung ein unrichtiges Bild zeichnet. Wir haben deshalb in den Unterlagen zum Landesvoranschlag 2017 auch eine Spalte eingefügt, die sich „LVA 2017 bereinigt“ nennt. Aus dieser ist ersichtlich, dass der eigentlich im Voran-

schlag ausgewiesene Nettoüberschuss von 295 Millionen Euro nach Bereinigung um den Liquidationserlös des Sondervermögen Kärnten und der Tilgung des Schweizer Franken-Kredites einen Finanzierungsbedarf von 104 Millionen Euro ergibt. Das ist die realistische Größe, auf die man sich auch beziehen sollte. Ich glaube, die Zeiten, wo Budgets schöngeredet und Zahlen, die nicht ganz der Realität entsprochen haben, präsentiert worden sind, die sind vorbei. Deshalb plädiere ich dafür, dass man keine Maßgrößen wie Nettoüberschuss oder Nettogebärungsabgang heranzieht, um Budgets zu bewerten. Da gibt es verlässlichere Maßzahlen, wie zum Beispiel das ESVG-Ergebnis, das sogenannte Maastricht-Ergebnis, das in beiden Betrachtungen gleich bleibt oder eine Betrachtungsweise, die der Rechnungshof heranzieht, der sogenannte Primärsaldo. Dieser bewertet, wie weit das Land auch in die Schuldentilgung kommen kann. Ich bedanke mich beim Rechnungshofdirektor für die Bemühung, dass man hier Transparenz schafft, was wirklich relevante Budgetdaten im Vergleich der Landesbudgets sind!

Vergleicht man jetzt den Einnahmen/Ausgabensaldo, dann sieht man, dass wir wie in den Vorjahren weniger ausgeben, als wir einnehmen, und zwar um rund 84 Millionen Euro. Die Probleme, die dann immer entstehen und die zu einem negativen Ergebnis führen, resultieren aus der Verschuldung der Vergangenheit. Das sind nämlich die Tilgungen, die wir zu machen haben und die verkehren ein ursprünglich positives Ergebnis, das zeigt, dass wir gut wirtschaften, dann in ein negatives. Vergleicht man die Entwicklung des Schuldenstandes im Landesvoranschlag 2016, dort sind € 3,3 Milliarden ausgewiesen, mit denen des Landesvoranschlages 2017 von € 3,8 Milliarden, so sehen wir, dass wir mit einem Zuwachs von € 536 Millionen die gesamte Herausforderung der HETA-Bewältigung von 1,2 Milliarden letztendlich im Schuldenbereich relativ rasch bewältigen können. Ich habe das heute schon einmal gesagt:

Meine absolute Lieblingsseite im Landesvoranschlag 2017 ist der Stand an Haftungen. Ständen dort per 31.12.2015 als Haftungen für die HETA und die Anadi Bank gerundet € 11,6 Milliarden, beträgt dieser Betrag per 31.12.2016 € 377 Millionen und per 31.12.2017 € 56 Millionen. Und

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

für alle, die lieber schwätzen als zuhören – meine Rede gibt es dann auch in gedruckter Form!

Das Regierungsprogramm der Zukunftscoalition hat den klaren Auftrag, die Zukunft des Landes Kärnten zu gestalten und für transparente Politik, Sanierung öffentlicher Finanzen und Modernisierung der Verfassung Sorge zu tragen.

Ein essentielles Element der Zukunftsgestaltung sind Maßnahmen im Bereich der Bildung. Durch die Berücksichtigung der demographischen Veränderungen, aber vor allem neuester bildungswissenschaftlicher Erkenntnisse wurde von unserem Landeshauptmann das Kärntner Schulstandortkonzept erstellt. Damit dieses Konzept auch umgesetzt werden kann, dotieren wir im nächsten Jahr den Schulbaufonds höher, wir machen den Regionalfonds auf, damit alle Gemeinden auch die Möglichkeit haben, ihre Schulstandorte für die Kinder, die dort zur Schule gehen, modernstmöglich zu gestalten und zu attraktiven Lern- und Lebensräumen zu machen.

Der Bereich der Nachmittagsbetreuung wird ebenfalls weiter ausgebaut, ebenso wie die Betreuungseinrichtungen für Kinder bis zum dritten Lebensjahr, die Sicherstellung der sonderpädagogischen Strukturen, auch wenn wir hier aus Landesmitteln zuzahlen müssen, weil die Verhältniszahlen des Bundes leider nicht mit der Realität übereinstimmen.

Besonders engagiert ist unser Landeshauptmann bei der tertiären Bildungsstrategie, nämlich bei der Kärntner Hochschulstrategie, die dazu führt, dass die Kärntner Hochschuleinrichtungen miteinander kooperieren.

Für den Bereich der Kinderbetreuung werden 2017 Ausbaumaßnahmen gesetzt mit einem Plus von 6,5 Prozent und wir werden gemeinsam mit Landesrat Benger im BZ-Modell des nächsten Jahres auch entsprechende Bonifikationen für Gemeinden vorsehen, die ein qualitativ hochwertiges Kinder-, Bildungs- und Betreuungsangebot für die Jüngsten anbieten.

Soziales und Gesundheit sind ein Kernstück jedes Budgets, denn entscheidend für die Versorgungssicherheit sind nicht lobende Worte in diversen Reden, sondern eine entsprechende finanzielle Dotierung. Dr. Beate Prettner hat im Gesundheitsbereich mit dem Regionalen Strukturplan Gesundheit sicherstellen können, dass das Gesundheitssystem in Kärnten finanzierbar

bleibt. Ich freue mich, Beate, ich hamstere manchmal Lob für dich ein, wenn von den Finanzreferenten anderer Bundesländer nachgefragt wird, wie wir es schaffen, so weit unter den vorgegebenen Budgetsteigerungen von 3,6 Prozent zu bleiben! Und ich bin mir sicher, unsere Gesundheitsreferentin wird auch die neuen Vorgaben schaffen. Diese sehen eine jährliche dekursive Steigerung von 3,2 Prozent bis 2021 vor. Liebe Beate, ein herzliches Dankeschön für diese Arbeit, die die Finanzierbarkeit sicherstellt, die sicherstellt, dass die Versorgungsregionen Ost und West ausgeglichen versorgt werden und dass die demographische Entwicklung auch berücksichtigt wird! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Dein Leitsatz, „so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig“, nach dem Prinzip des „best point of service“ ist ein Vorbild auch für andere Bundesländer.

Für den Sozialbereich sind es zielgerichtete Förderungen, der Einsatz von Sachleistungen und vor allem verlässliche längerfristige Begleitungen zur Unterstützung der Menschen in besonderen Ausnahmesituationen.

Für den Pflegebereich gibt es die Initiative „Altern in Würde – Würde im Alter“ mit einer umfassenden Qualitätsoffensive. Und weil man so viel bereits Erreichtes oft wieder vergisst: Ein herzliches Dankeschön, Beate, für die rasche Umsetzung der Pflegeanwaltschaft, der Abschaffung des Pflegeregresses und der Einführung des Pflegeatlasses zur verbesserten Orientierung im Bereich des Leistungsangebotes!

Im Sozialbereich stellt uns die Bevölkerungsentwicklung aber auch vor neue Herausforderungen. Wir dürfen eines nicht vergessen, in diesem Bereich sind 15.000 Menschen in Kärnten beschäftigt. Zwischen 1995 und 2015 stieg die Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 16,1 Prozent. Das heißt, der Sozial- und Gesundheitsbereich ist auch ein verlässlicher Faktor im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, verlässliche Jobs, die nicht exportierbar sind und die gut bezahlt sind.

Ein wichtiges Anliegen der Gesundheits- und Sozialreferentin konnte leider im Landesvoranschlag 2017 noch nicht abgebildet werden, das ist die Verbesserung des Pflegeschlüssels. Aber, geschätzte Sozial- und Gesundheitsreferentin, auch hier darf ich dir versichern, dass ich diese gerechtfertigte Forderung deinerseits absolut



**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

unterstütze, und ich bin mir sicher, dass auch der Gemeindebund das unterstützen wird. Mit den neuen Zuwendungen aus dem Finanzausgleich wird es auch leichter, gemeinschaftlich die daraus resultierenden finanziellen Mehraufwendungen zu schultern. Und wir dürfen eines nicht vergessen – da geht es um die Lebensqualität für jene Generation, die unheimlich viel für Kärnten geleistet hat, da geht es um die Arbeitsbedingungen für die Menschen, die mit höchster fachlicher Qualifikation und einer riesigen Motivation Tag für Tag oft am Rande der Belastbarkeit arbeiten und letztendlich um 140 neue Arbeitsplätze in ganz Kärnten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Kärnten setzt aber auch mit Investitions-, Innovations- und Wachstumsoffensiven regionale Konjunkturmaßnahmen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu sichern. Wir setzen die FTI-Strategie des Landes um, wir setzen auch neue Impulse, die Erweiterung des Lakeside Parks, der Ausbau des High Tech Zentrums in Villach – hier möchten wir den Reinraum auch entsprechend adäquat ausgestalten – und die Gründung eines Logistik Centers Austria Süd, bekannt als ALPLOG, was darauf abzielt, unsere günstige regionale Lage auch in bare Münze und Arbeitsplätze umzuwandeln.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Kärntner Betriebe, insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe, zu sichern, werden vom KWF zahlreiche Förderprogramme angeboten, die insbesondere im Bereich der Beratung, Digitalisierung und Automatisierung mit dem Fokus auf Ausbau und Sicherung von Arbeitsplätzen gerichtet sind. Daneben gibt es Anstrengungen, die Gewerbetreibenden zu unterstützen, wie zum Beispiel mit der von Landesrat Benger ins Leben gerufenen Nahversorgerförderung. Wofür ich mich bedanken möchte und auch herzlich gratulieren möchte, ist der Bereich der Förderung für kleine und mittlere Unternehmen, die Herr Landesrat Benger zusammen mit Präsident Mandl und dem Wirtschaftsminister für Kärnten ausverhandelt hat! Ich glaube, das Projekt ist fast zur Gänze in Anspruch genommen worden und ein Erfolg für unsere klein- und mittelständische Industrie. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Wesentlich zum Wirtschaftswachstum und zur Konjunkturbelebung tragen aber auch die Kärntner Gemeinden bei. Mit der kommunalen Bauoffensive haben wir ein Instrumentarium geschaffen, wo vor Ort regionale Bauvorhaben umgesetzt werden können. Und auch im nächsten Jahr sind es zehn Millionen Euro, die dort dotiert werden, die bereits jetzt zugesichert sind. Die Planungen und die Ausschreibungen können starten und die Bauwirtschaft kann schon frühestmöglich im Jahr 2017 mit den entsprechenden Aufträgen rechnen.

Im Bereich der Hochtechnologie forcieren wir den flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes. Das ist insbesondere für ländliche Gebiete eine unabdingbare Infrastruktureinrichtung und hier gibt es auch im nächsten Jahr neben den Bundesprogrammen ein Sonderunterstützungsprogramm mit einer Dotierung von € 1,2 Millionen für die Kärntner Gemeinden. Das Volumen der Bundesförderungen, die für Kärnten abgerufen werden, beträgt bereits im ersten Call 50 Millionen Euro für den Ausbau des Breitbandes und auch die nächsten Förderprogramme werden von Kärnten entsprechend in Anspruch genommen werden.

Im Wohnbau – und wie wichtig dieses Thema ist, haben wir heute schon in der Aktuellen Stunde ausreichend diskutiert – werden die Impulse vor allem im Bereich der Sanierung und des Reconstructing gesetzt werden. Zielsetzung ist leistbarer Wohnraum, ein Ausbau auch der Wohnbeihilfen für all jene Kärntnerinnen und Kärntner, für die die Belastung durch Wohnkosten zu hoch ist.

Das Wohnbaubudget ist im nächsten Landesvoranschlag mit 163 Millionen Euro dotiert und sieht 684 neu zu bauende Wohneinheiten vor. Die Gesamtkosten hiefür belaufen sich auf 103 Millionen Euro. Die Wohnbeihilfe wird von 29,2 auf 31,8 Millionen Euro erhöht werden.

Herr Landesrat Benger setzt im Bereich der Land- und Forstwirtschaft einen klaren Schwerpunkt auf Regionalität, auf regionale Produktion und auf nachgelagerte Verarbeitung, aber auch Unterstützungsleistungen, um ganz einfach für Bewirtschaftungs Nachteile, die Bäuerinnen und Bauern in einer sehr klein strukturierten Landwirtschaft in Kärnten haben, mit nicht gerade Gunstlagen an steilen Hängen, einen entspre-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

chenden Ausgleich durch Aufstockung der Fördermittel zu schaffen.

Im Bereich der Kultur werden wir im nächsten Jahr erstmals nach einer Durststrecke für die Kulturschaffenden eine Erhöhung vornehmen, und zwar im Ausmaß von € 981.000,--. Ich glaube, das ist ein notwendiges Bekenntnis zu einer lebendigen und aktiven Kulturszene in Kärnten, die ganz maßgeblich einen Beitrag dazu leistet, dass unser Land so lebenswert und liebenswert ist. Und wenn ich einen Wunsch äußern darf – es wäre schön, wenn diese Steigerung der freien Szene in Kärnten und der Literatur, die seit jeher ein Aushängschild unseres Bundeslandes ist, zugutekommt.

Im öffentlichen Verkehr und im Straßenbau gibt es ein absolutes Bekenntnis im Regierungsprogramm, beide Bereiche auszubauen. Landesrat Holub setzt den Mobilitäts Masterplan beginnend mit dem Jahr 2017 rasch um.

Wir haben hier Steigerungen im Personennahverkehr von 24 auf 29,4 Millionen Euro. Das sind Investitionen, die den Menschen in Kärnten ganz unmittelbar zugute kommen, denn die Verkehrsanbindungen werden massiv verbessert werden. Es sind aber auch Beträge, die der Bauwirtschaft zugute kommen, weil viele bauliche Veränderungen und Anpassungen an den Bahnhöfen, an den Busstationen damit vorgenommen werden, wodurch letztendlich auch die Konjunktur in unserem Bundesland belebt wird.

Zusätzlich investieren wir mehr in unsere Landesstraßen. Für den Ausbau und die Erhaltung der Landesstraßen gibt es im nächsten Budget 3,2 Millionen Euro mehr, was einer Steigerung von 6,22 Prozent entspricht.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre tragen Früchte. Das sieht man an den Zahlen, wir weisen in den letzten Monaten die höchsten Beschäftigungsstände auf, die Kärnten jemals hatte. Das ist höchst erfreulich und sollte Ansporn sein, in diesem Bereich auch weiter zu investieren. Der Territoriale Beschäftigungspakt für das Land Kärnten, den wir gemeinschaftlich mit dem AMS umsetzen, wird auch im nächsten Jahr entsprechend dotiert und es werden 33 Millionen Euro und 4.000 Maßnahmenplätze für junge Menschen sowie für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung stehen, um ihnen schnellstmöglich

auch zu einer Chance auf dem Arbeitsmarkt zu verhelfen. Ein klarer Appell auch an die Wirtschaft: Wir haben ein Problem, das sind ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und wir versuchen mit vielen Programmen, hier Unterstützung zu schaffen. Nur, ohne Wirtschaft wird es nicht funktionieren. Bitte schätzen Sie nicht gering ein, was ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Erfahrungspotential, an Wissen und auch an Ruhe in jeden Betrieb einbringen können! Und wirklich mein Appell, hier nicht Beschäftigung abzubauen, sondern gezielt aufzubauen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Weitergeführt wird auch das Programm AkademikerInnen Jobs in Kärnten. Es wird 2017 eine leichte Adaptierung dahingehend geben, dass wir eine Förderung für Ein-Personen-Unternehmen gestalten werden, die den ersten Mitarbeiter oder die erste Mitarbeiterin aufnehmen, um von dieser Startphase dann auch in eine Unternehmensgründung zu kommen. Und ich hoffe, dass viele junge Unternehmerinnen und Unternehmer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden und neue Jobs entstehen.

Zusammenfassend betrachtet ist der Landesvoranschlag 2017 der erste Schritt in eine gute Zukunft. Die Schatten der Vergangenheit lichten sich, durch die Lösung der HETA-Haftungsfrage haben wir massiven und nachhaltigen Schaden von Kärnten abgewendet. Und wir haben den Kapitalmarktzugang für das Land, die Gemeinden, die in Kärnten tätigen Banken und Unternehmen wieder normalisiert.

Wir haben damit Klagen gegen das Land Kärnten und die Landesholding, die insgesamt inklusive Zinsen einen Streitwert von weit über elf Milliarden Euro erreicht hätten, abgewendet. Allein die Pauschalgebühren, die Rechts- und Beratungskosten hätten über Jahre einen mehrstelligen Millionenbetrag ausgemacht. Jetzt können wir in Rechtssicherheit und Rechtsfrieden die weitere Entwicklung Kärntens voranbringen. Aber ganz wichtig ist, ich habe es schon erwähnt – wir haben daraus gelernt: So etwas wie die Hypo darf nie mehr passieren! Und noch mehr – wir müssen in Kärnten zeigen, dass wir uns besonders anstrengen, mit transparenter und solider Budgetpolitik, mit einem Spekulationsverbot, das strikt risikoavers ist, mit einem Haftungsvo-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

lumen im Landeshaushalt, das unter den im Finanzausgleich festgelegten Höchstgrenzen liegt.

Mit dem, was wir in den letzten Jahren und auch mit dem jetzt zu beschließenden Landesvoranschlag geleistet haben, ist uns eines gelungen – und ich glaube, das ist wohl die größte Errungenschaft: Man vertraut uns wieder!

Die Zeiten, in denen Kärntner Politikerinnen und Politiker als nicht verlässliche Partner wahrgenommen wurden, sind vorbei. Die Zeiten, in denen sich Kärntner Politiker nahezu damit gebrüstet haben, andere über den Tisch gezogen zu haben, sind vorbei. Und das Peinliche dabei war, dass man oft nicht bemerkt hat, dass sich solche Verhaltensweisen als der berühmte Schuss ins eigene Knie erwiesen haben, wie zum Beispiel bei der Notverstaatlichung der Bank, die man als gutes Verhandlungsergebnis abgefeiert, 200 Millionen Euro gezahlt und damit eine Reduktion der Haftungen um nicht einen Cent erreicht hat. Und der Sager „Kärnten ist reich“ als Ausspruch, nachdem man eine Bank unter Beibehaltung der Haftungen verkauft hat, ist uns auch noch in Erinnerung.

Die Kärntner Bevölkerung hat das Vertrauen wiedergewonnen, weil sie darauf vertrauen kann, dass diese Koalition Problemlösungskompetenz hat, weil wir nicht vorgaukeln, dass wir mit Verteilaktionen, die sich in Wahrheit die Menschen von ihrem eigenen Geld zahlen, soziale Problemlagen lösen. Weil wir nicht in Permanenz Projekte ankündigen, die dann nicht stattfinden, sondern Schritt für Schritt mit großer Geduld eine Zukunftsstrategie abarbeiten. Die Bundesregierung vertraut uns wieder, weil wir bewiesen haben, dass ernsthaftes Arbeiten und faires Verhandeln mit uns möglich ist. Die anderen Bundesländer vertrauen uns wieder, weil Schäden aus der Hypo in ihren Bundesländern gering gehalten wurden und wir uns fachlich kompetent auf der österreichischen Ebene in allen Referaten einbringen. Die Kapitalmärkte vertrauen uns wieder. Eine Aufwertung des Ratings unseres Landes um sieben Stufen ist der beste Beweis dafür, ebenso wie die Möglichkeit, dass wir uns wieder am Kapitalmarkt finanzieren können. Wir haben das Ansehen Kärntens wieder hergestellt, und das in schwierigen Zeiten. Dass Vertrauen eine Währung ist, die sich auch in barer

Münze niederschlägt, zeigt das Ergebnis der HETA-Lösung, an der sich der Bund fair beteiligt hat. Das zeigt das Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen, denn wir hatten dort keine guten Voraussetzungen. Und kein anderes Bundesland verzichtet auf zusätzliche Mehreinnahmen, wenn nicht das ernsthafte Bemühen Kärntens sichtbar gewesen wäre, die Vergangenheit zu bewältigen. Das zeigen auch die Investitionen von ÖBB und ASFiNAG, die in Kärnten getätigt werden und jene Projekte, wie der Silicon Alps Cluster, an denen sich auch das Land Steiermark und die führenden Unternehmen im Microelektronik-Bereich beteiligen.

Liebe Kärntnerinnen und Kärntener, ich darf Ihnen für die Zukunftscoalition – und ich glaube, für alle Regierungsmitglieder – versichern, dass Sie darauf vertrauen können, dass wir mit Ihrem Steuergeld sorgsam umgehen, dass es dort eingesetzt wird, wo es die Sicherung der Lebensbedürfnisse der Menschen und eine positive Entwicklung für die nächsten Generationen erforderlich macht. Und dass wir alles dazu tun, dass Kärnten wieder das Ansehen erhält, das unser Bundesland verdient.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Thomas Edison schließen: „Die drei wichtigsten Dinge, um alles zu erreichen, was sich lohnt, sind: Harte Arbeit, Durchhaltevermögen und gesunder Menschenverstand.“ (*Langandauernder Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich danke der Finanzreferentin für die Einbegleitung zum Landesvoranschlag und den dazu gehörigen Unterlagen! Es wird heute noch im Anschluss an diese Landtagssitzung, fünf Minuten nach Ende der Landtagssitzung, hier im Sitzungssaal dann auch eine Finanzausschusssitzung stattfinden. Ich darf das gleich ankündigen. Die Einladung ist Ihnen schriftlich während der Sitzung vorgelegt worden. Ich darf nun zum Schluss den Landtagsdirektor bitten, über die Mitteilungen des Einlaufes zu berichten!

**Ing. Rohr**

## Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Anträge von Abgeordneten:

### 1. Ldtgs.Zl. 14-21/31:

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs, des ÖVP-Klubs und des Grünen-Klubs betreffend eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Gesetz über die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages, das Gesetz über Untersuchungsausschüsse des Kärntner Landtages, das Kärntner Landesrechnungshofgesetz 1996, die Kärntner Landtagswahlordnung, das Kärntner Volksbefragungsgesetz, das Kärntner Volksbegehrensgesetz, die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung, das Klagenfurter Stadtrecht 1998, das Villacher Stadtrecht 1998, die Kärntner Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlordnung 2002 und das Kärntner Bezügegesetz 1997 geändert werden sowie das Kärntner Klubfinanzierungsgesetz aufgehoben wird  
./ mit Gesetzentwurf**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

### 2. Ldtgs.Zl. 101-38/31:

**Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Lithiumabbau – Wertschöpfung in Kärnten**

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur

B) Schriftliche Anfragen:

### 1. Ldtgs.Zl. 92-74/31:

**Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner betreffend Behandlung von Flüchtlingen, Asylwerbern, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Krankenhäusern**

### 2. Ldtgs.Zl. 51-44/31:

**Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Pirolt an Landesrat Holub betreffend Urinuntersuchung auf Schwermetall im Görtschitztal**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Das war der Einlauf. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, vielleicht noch einige Hinweise am Schluss der Sitzung. Sie haben heute den aktualisierten Fahrplan für das restliche Jahr erhalten. Am 1. Dezember gibt es eine weitere Landtagssitzung und in der Folge wird dann die Budgetdebatte am 20., 21. und möglicherweise auch am Donnerstag, den 22. Dezember stattfinden. Ich bitte, sich diese Termine entsprechend vorzumerken! Der Fahrplan für das erste Halbjahr 2017 ist im Wesentlichen fertiggestellt. Bei einem Termin im Februar stellt sich allerdings noch die Frage, ob es der 2. oder der 9. Februar sein wird. Die weiteren Termine nur kurz zur Information: Es ist der 9. März 2017, der 20. April 2017, der 1. Juni 2017, der 20. Juli 2017 und der 28. September 2017. Wir werden also bis zur Landtagssitzung am 1. Dezember diese Termine auch entsprechend schriftlich nachreichen. Ich darf noch eines bekanntgeben: Wir hatten gestern in Oberösterreich die Präsidentenkonferenz der Landtagspräsidenten Österreichs. Da war unter anderem auch die neue Bundesrechnungshofpräsidentin zu Gast. Sie hat im

**Ing. Rohr**

Wesentlichen über ihre Vorhaben und über ihre Schwerpunkte berichtet. Unter anderem hat sie auch berichtet, dass sie zur Abarbeitung ihres Programmes einen Online-Fragebogen an alle Abgeordneten ausschicken wird. Das ist sozusagen eine „Kundenbefragung“ der Abgeordneten. Ich würde bitten, wenn ihr das in den nächsten Tagen bekommt, entsprechend reichlich davon Gebrauch zu machen! Ich denke, es sollte in Zukunft das Ziel sein, dass die Prüfungsvorhaben der Landesrechnungshöfe gut abgestimmt sind mit denen des Bundesrechnungshofes und wenn Grundlagen und Prüfungsgrundlagen der Landesrechnungshöfe vorhanden sind und in weiterer Folge flächendeckende oder Bundes-

ländervergleichsprüfungen stattfinden, sollte auch auf die Grundlagen der Landesrechnungshöfe zurückgegriffen werden. Das wollte ich Ihnen als Information mitgeben, damit Sie nicht überrascht sind, wenn Sie einen Fragebogen der Rechnungshofpräsidentin bekommen. Ich würde also bitten, dass Sie diesen auch entsprechend beantworten! In fünf Minuten beginnt die Sitzung des Finanzausschusses.

Die Landtagssitzung ist damit geschlossen. Ich wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen! Hoffentlich sehen wir uns das nächste Mal gesund wieder bei der Sitzung am 1. Dezember! Danke schön!

**Ende der Sitzung: 16.08 Uhr**